Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Erscheint wöchentlich. — Bezugspreis vierteljährlich 2.50 Reichsmark. — Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in der Reichspostliste unter Nr. 1628 Kreuzband-Sendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Versandstelle in Leipzig, Zeitzer Straße 30, IV., (Volkshaus) Aufgang B oder C. — Tel. 33819

Die Anzeigengebühr beträgt für die doppeltgespaltene Kleinzeile 1 — Reichsmark Aufnahme nur bei vorheriger Gebühren-Einsendung auf Postscheck-Konto Leipzig 56383; Kassierer: L. Geist, Leipzig, Zeitzer Straße 30, IV. (Volkshaus) Rabatt wird nicht gewährt. — Redaktions-Abschluß: Montag vormittag 10 Uhr

Nr. 8 — Sonnabend, den 19. Februar 1927 — 31. Jahrgang

Geld.

Jede moderne Volkswirtschaft ruht auf den beiden Grundfesten Gütererzeugung und Güterverbrauch oder, wie die Fachausdrücke dafür lauten, auf Produktion und Konsum. Wenn genug Güter erzeugt und genug verbraucht werden, dürften Stockungen im Wirtschaftsablauf kaum eintreten. Dem ist aber nicht so, denn zwischen der Produktion und dem Verbrauch liegt jener Wirtschaftsfaktor, der beide zusammenbringen muß, der Verkehr. Nicht an Eisenbahnen, Schiffe oder sonstige Transportmittel wollen wir dabei denken, sondern das wichtigste Verkehrsmittel ist das Geld. Stockungen oder anormale Verhältnisse auf dem Geldmarkte wirken innerhalb des Wirtschaftssystems, in dem wir leben, in hohem Grade störend und beeinflussen die Lage des Konsumenten, besonders des Arbeiters, sehr ungünstig. Die folgende kurze Betrachtung des Geldmarktes in seinen Beziehungen zur Lebenshaltung des Arbeiters mag das beweisen.

Die deutsche Güterproduktion hat im allgemeinen den Stand von 1913 erreicht, teilweise sogar überschritten. Die Erzeugung von Kohle, Kali, Stahl, Walzwerkprodukten hat den Stand des letzten Vorkriegsjahres hinter sich gelassen. In vielen anderen Industriezweigen, auch in der Steinindustrie, liegen die Verhältnisse ähnlich. Dem steht gegenüber der Konsum, der bei weitem nicht befriedigt werden kann. Der Bedarf nicht nur an Wohnungen, Kleidung, Transportmitteln ist außerordentlich groß, sondern selbst die notwendigsten Lebensbedürfnisse wie Essen und Trinken können nur teilweise befriedigt werden. Von einer Sättigung des Marktes kann in keiner Beziehung gesprochen werden, sondern all diese Bedürfnisse bleiben unbefriedigt, weil den großen Konsumentenschichten die Kaufkraft fehlt. Hier abzuhelfen ist möglich durch Preissenkungen, und da diese eben nicht eintreten, durch vermehrte Zuwendung von Geld an die Arbeiterschaft durch Lohnerhöhungen.

Erste Vorfrage: Verfügt die deutsche Wirtschaft über genügend Zahlungsmittel, um diese Uebertragung überhaupt zu ermöglichen? Ja, denn nach dem letzten Reichsbankausweis sind heute etwa 5,5 Milliarden Zahlungsmittel in Umlauf gegen 6 Milliarden im Durchschnitt des Jahres 1913. Die Differenz ist unbedeutend! Wenn also genug Geld in der deutschen Wirtschaft ist, also keine „Blutarmut" herrscht, so liegen die Stockungen eben daran, daß sich das Geld nicht an den richtigen Stellen befindet; nicht dort, wo es der Wirtschaft zugute kommen kann. Ueber das heute in der Wirtschaft vorhandene Geld, das nicht durch fruchtbaren Umlauf die Wirtschaft belebt, verfügen in erster Linie Schwerindustrie und Banken.

Die deutsche Schwerindustrie hat, hervorgerufen durch den englischen Bergarbeiterstreik und erfolgte Belebung des Inlandmarktes, große Gewinne gemacht, die sich noch durch Rationalisierungserfolge bedeutend vergrößerten. Letzteres trifft gewiß nicht auf alle Betriebe, wohl aber auf die meisten zu. Die mit großer Produktionsverbilligung arbeitenden Unternehmer aber denken gar nicht daran, nunmehr durch Preisverbilligung ihre Gewinne schmälern zu lassen. Im Kartell werden die Preise nach dem rückständigsten Betriebe festgesetzt. Die in ihren Methoden fortgeschrittenen Unternehmungen dagegen verwenden ihre Gewinne zu unfruchtbaren Spekulationen. „Früher legte man Kohlen auf Halden, heute Effekten", ist an der Börse schon sprichwörtlich geworden. Um die Mannesmannröhrenwerke tobt der Kampf. Thyssen und Otto Wolf sollen als Hauptkäufer in Frage kommen. Auch die mitteldeutschen Stahlwerke stehen im Brennpunkte der Käufe, ähnlich wie das Großschiffahrtsunternehmen Hamburg-Süd. Mit den Gewinnen der letzten Monate also werden schwunghaft Aktien gehandelt. Und die Folge ist, daß die dadurch künstlich gesteigerte Haussebewegung an der Börse nicht enden will. Die Gewerkschaften haben hier die Aufgabe, das „Blut der Wirtschaft" in andere Bahnen zu lenken. In Bahnen, wo es dem Wirtschaftskörper wirklich nützt und nicht nur einseitig Auswüchse fördert. Die Arbeiterschaft mag sich auf ihre Kraft besinnen und durch Gewerkschaftsarbeit hier Wandel schaffen.

Was tun die großen Geldreservoire, die Banken, zur Behebung der augenblicklichen Wirtschaftsschwierigkeiten? Gerade sie sollen jetzt jene Industriezweige, die nicht eine so gute Zeit wie die Schwerindustrie hinter sich haben, durch erleichterte Kreditgewährungen stützen, um so einen Ausgleich zu schaffen. Die mittlere und kleinere Industrie ist ihnen aber als Kunde nicht sicher genug. Die Banken haben ihre Vorsichtsmaßregeln aus der Zeit unmittelbar nach der Inflation beibehalten. Da das Geld aber irgendwie Verwendung finden muß, werden auch von ihnen unfruchtbare Spekulationen damit finanziert. Es gibt also in Deutschland billiges Geld, aber nur teures Kapital. Die Zinssätze für kurzfristige Kredite sinken unter die von London und Neuyork und deutsches Geld wird wieder im Ausland angelegt, denn es ist billig. Im Inlande dagegen seufzen wir unter den Auswirkungen der Wirtschaftskrise.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion versuchte diesem Widersinn in etwas zu steuern, indem erhöhte Besteuerung der Börsengewinne gefordert wurde. Die Anträge aber, wonach dem Staate namhafte Geldbeträge zu nutzbringender Verwendung zugeflossen wären, fanden im Parlament keine Gegenliebe. Hier ist ein Wandel nur durch gewerkschaftliche Selbsthilfe möglich, denn das Geld als Zirkulationsmittel erfüllt seinen Zweck nur, wenn es den Konsum und damit auch die Produktion wieder beleben kann. Das aber hängt ab von den lohnpolitischen Erfolgen der Arbeitnehmer, die nur von starken Gewerkschaften erreicht werden können.

Wer vertritt die Wirtschaft?

Vor einiger Zeit erregte ein Bescheid des Oberstaatsanwalts in Elbing Aufsehen, der ein Einschreiten gegen Uebertretung der geltenden Arbeitszeit-Verordnung mit einer sehr merkwürdigen Begründung ablehnte. Der Bescheid machte nämlich zu seiner einzigen Grundlage eine Auskunft der zuständigen Industrie- und Handelskammer. Er besagte wörtlich:

„Ich habe das Verfahren eingestellt, da nach den Feststellungen der Industrie- und Handelskammer keine reine Arbeitszeit, sondern Arbeitsbereitschaft in Frage kommt. Im übrigen liegt es im Interesse der Arbeiter selbst, daß das Werk auf diese Weise die Wirtschaftskrise überwindet und den Arbeitern die Arbeitsmöglichkeit erhält."

Diese Antwort ist deshalb so bemerkenswert, weil sie wieder einmal ein klares Licht auf die Tätigkeit der sogenannten öffentlich-rechtlichen Berufsvertretungen wirft, auf ihren gefährlichen Einfluß. Denn wenn auch die Fälle, in denen so offenherzig die Quellen behördlicher Wirtschaftskenntnis verraten werden, verhältnismäßig selten sein dürften, so wissen wir doch zur Genüge, wie außerordentlich weitgehend die Wirkungsmöglichkeit dieser Körperschaften, also der Industrie- und Handelskammern und ähnlich auch der Landwirtschaftskammern und der Handwerkskammern ist. Die Kammern sind heute, von wenigen Einschränkungen abgesehen (z. B. den Gesellenausschüssen bei den Handwerkskammern) reine Unternehmervertretungen. Diese Tatsache brauchte die Arbeiterschaft nicht anzufechten, wenn es sich hier um private Vereinigungen von Unternehmern zur Wahrung ihrer persönlichen Interessen handelte. Ihrem ursprünglichen Zwecke nach stellen diese Kammern aber keine Unternehmervertretung, sondern eine behördliche Vertretung der gesamten Industrie und des Handels, des Handwerks und der Landwirtschaft, also der gesamten Wirtschaft dar, zu der nach unseren heutigen rechtlichen und wirtschaftlichen Auffassungen gleichberechtigt auch die Arbeitnehmerschaft gehört. In der Beurteilung der Tätigkeit der Kammern hat sich aber diese Auffassung noch keineswegs durchgesetzt. Denn die Kammern haben keinen privaten, sie haben eben behördlichen Charakter und sie erscheinen darum den anderen Behörden und auch noch immer einem sehr weiten Kreis der Oeffentlichkeit als kompetente wirtschaftliche Berater, zumal sie zur Erstattung von Gutachten und zur Erteilung von Auskünften an die Behörden ausdrücklich verpflichtet werden. So kommt es, daß ein Oberstaatsanwalt eine Stellungnahme der Handelskammer ohne weiteres zu der seinen macht, daß er gar nicht auf den Gedanken kommt, etwa die Gewerkschaften oder die Betriebsvertretung auch nur zu hören. Dieser Zustand ist gefährlich und unerträglich für die Arbeiterschaft. Die Macht der Berufskammern ist, wie das Beispiel zeigt, in erster Linie eine moralische, wenn sie auch an sehr vielen Verwaltungsaufgaben außerdem praktisch mitwirken. Es gilt, diese Macht zu brechen, entweder dadurch, daß die Kammern überhaupt verschwinden, mindestens aber ihres behördlichen Charakters entkleidet werden, oder daß eine völlige Umbildung dieser Kammern erfolgt.

Diese Forderung findet ihre rechtliche Begründung im Grundgesetz des Deutschen Reiches, in Artikel 165 der Reichsverfassung, der als Vertretung der Wirtschaft Arbeitnehmer und Unternehmer sowie deren Organisationen, Gewerkschaften und Arbeitgeber-Verbände, anerkennt und im übrigen als besondere Organe der wirtschaftlichen Selbstverwaltung einen Reichswirtschaftsrat und Bezirkswirtschaftsräte verspricht. Diese beiden letzteren sind als Gemeinschaftsorgan zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern gedacht. Außerdem und als Voraussetzung dieser Gemeinschaft, dieser „Wirtschaftsdemokratie", sollten im Betrieb Betriebsräte, im Wirtschaftsbezirk Bezirksarbeiterräte und im Reich ein Reichsarbeiterrat geschaffen werden. Im Einzelbetrieb ist also eine gemeinsame Körperschaft nicht vorgesehen, wohl aber bezirklich und im Reich. Es ergibt sich zwangsläufig, daß damit für bezirkliche, öffentlich-rechtliche Unternehmervertretungen, wie sie die Berufskammern darstellen, ebenso wie für deren Zusammenfassung im Reich durch den Deutschen Industrie- und Handelstag, kein Raum mehr bleibt. Wenigstens dann nicht, wenn sie in ihrer jetzigen Zusammensetzung bestehen bleiben.

Der Verfassungsausschuß des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats mußte daher bei der Beratung über die Bildung des Endgültigen Reichswirtschaftsrats in Ausführung des Artikels 165 der Reichsverfassung auch die Frage der Umbildung der Berufskammern erörtern. Dabei stand für die Arbeitnehmervertreter eines von vornherein fest: daß nämlich dem gefährlichen Einfluß der Kammern nicht beizukommen sei durch eine Schaffung von besonderen Arbeitnehmerkammern, die keine organische Verbindung mit den Unternehmerkammern besäßen. Denn dadurch würde weder das öffentliche Wirken der Unternehmerkammern wesentlich eingeschränkt, noch ihr gefährlicheres Arbeiten, welches sich hinter den Kulissen nicht öffentlicher Gutachten und Auskünfte abspielt, einer Kontrolle unterworfen werden. Darum wehren sich die Unternehmer auch nicht gegen die Bildung besonderer Arbeitnehmerkammern, wohl aber mit Entschiedenheit gegen eine Einschaltung von Arbeitnehmervertretern in den Apparat der bestehenden Kammern. Weiß doch auch jeder Betriebsrat aus der Praxis, daß er dann auf den größten Widerstand des Unternehmers stößt, wenn er in die interneren Verhältnisse der Betriebsführung einzudringen sucht. Das gleiche gilt natürlich auch für den interneren Betrieb der Berufskammern. Auch hier will man unter keinen Umständen die Kontrolle der Arbeiterschaft haben. Man ist vielleicht bereit, in gewissen sozialpolitischen Fragen, von denen die Kammern ja auch berührt werden, mit Vertretern der Arbeiterschaft zusammenzuarbeiten. Dies aber kann natürlich nicht genügen. Denn der soziale Ausgleich muß erzielt werden im Kampf oder durch Vereinbarung der Berufsvereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Hier aber geht es um die Beteiligung an der Wirtschaftsführung und an der behördlichen Wirtschaftsvertretung. Welche Wege der Reichswirtschaftsrat zur Herstellung dieser Beteiligung sah und welche Wege tatsächlich gegangen werden müssen, soll in einem späteren Aufsatz näher erörtert werden.

Arbeitslosigkeit und Siedlungsfrage.

Nach vorübergehendem Absinken der Arbeitslosenziffer hat diese in der zweiten Dezemberhälfte eine beträchtliche Steigerung erfahren, die sie am Jahresschlusse wieder nahe an den Höchststand des verflossenen Jahres heranführte. Wenn diese Steigerung auch in der Jahreszeit sowie in der Beendigung des Weihnachtsgeschäfts begründet ist, so beweist sie doch, wie wenig bis jetzt die auf Eindämmung und Zurückdrängung der Arbeitslosigkeit gerichteten Bemühungen von Erfolg waren. Zwar hat erst ein Teil des vom Reichstag beschlossenen Arbeitsprogramms zur Durchführung gebracht werden können. Die Durchführung des größeren Teiles steht noch aus. Doch darf man sich auch hiervon nicht allzuviel versprechen, da die Reichsregierung selbst nur darauf rechnet, mit ihren Maßnahmen einigen Hunderttausenden Arbeitern Beschäftigung zu bieten. Eine Beseitigung der Arbeitslosigkeit wird durch sie nicht erreicht. Nach wie vor wird ein Massenheer von Arbeitern übrigbleiben, für das die gegenwärtige kapitalistische Wirtschaft keine Verwendung hat.

Daß dieser Zustand nicht bestehen bleiben darf, darüber ist man sich im allgemeinen einig, treten doch seine nachteiligen Folgen für die Wirtschaft wie für den Gesundheits- und Sittlichkeitsstand unseres Volkes nur allzu deutlich hervor. Wie aber soll er beseitigt werden? Darüber gehen die Meinungen weit auseinander! Daß die Unterstützung der Arbeitslosen durch die Erwerbslosen- und Krisenfürsorge keine Lösung des Arbeitslosenproblems bedeuten kann, bedarf keiner Erörterung. Auch die Arbeitslosenversicherung kann diese Lösung nicht bringen. Die Erwerbslosenunterstützung ist nur ein Notbehelf, der in Anwendung gebracht werden muß, solange nicht die Möglichkeit besteht, die durch die Wirtschaftskrise freigesetzten Arbeiter in Beschäftigung zu bringen. Alle Bemühungen müssen deshalb darauf gerichtet werden, diese Möglichkeit zu schaffen.

Auf kapitalistischer Seite geht man über die Schwierigkeiten, die sich den hierauf gerichteten Bestrebungen entgegenstellten, sehr leicht hinweg. Man betrachtet dort — wie es zum Beispiel in mehreren Aufsätzen des Professors Dr. Gustav Cassel in der kapitalistischen Presse zum Ausdruck gebracht wird — die Arbeitslosenunterstützung als eine verfehlte, auf falsch angebrachter Humanität beruhende Einrichtung. Die Arbeitslosen sollen ihrem Schicksal überlassen und so zur Arbeit unter niedrigeren Löhnen oder zur Auswanderung gezwungen werden. Alsdann werde sich die Gesundung unserer Wirtschaft ganz von selbst vollziehen. Welche politischen und wirtschaftlichen Folgen sich daraus ergeben müßten, darüber haben die Vertreter dieses Rezeptes offenbar nicht nachgedacht. Derartige Vorschläge können nicht ernst genommen werden. Immerhin ist es für die wirtschaftliche und soziale Auffassung weiter Unternehmerkreise bezeichnend, daß man sie dort als durchführbar betrachtet.

Daß es Mittel gibt, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, mindestens aber sie ganz erheblich einzuschränken und auf ein wirtschaftlich erträgliches Maß herabzusetzen, darüber ist man sich nicht nur bei den Gewerkschaften, sondern auch in objektiv volkswirtschaftlich und sozial denkenden bürgerlichen Kreisen klar. Die gegenwärtige Wirtschaftskrise hat ihre Ursache zum wesentlichen Teil in den gestörten Absatzverhältnissen des Innen- und Außenmarktes, der verminderten Kaufkraft der Bevölkerung und dem Mißverhältnis zwischen Produktion, Preis und Kaufkraft. Soll eine Besserung eintreten, so müssen die den Warenabsatz hindernden Schranken — vor allem in den europäischen Ländern — beseitigt, die Preise gesenkt, die Löhne erhöht, die Arbeitszeit herabgesetzt und so mittels einer Steigerung der Kaufkraft der breiten Massen der Verbrauch der rationalisierten Produktion angepaßt werden. Die Unternehmer wollen das Gegenteil! Ihr Willen darf jedoch in einer so wichtigen Frage, wie sie die Gesundung der Wirtschaft darstellt, nicht maßgebend sein. Deshalb müssen alle Kräfte der Arbeiterschaft darauf gerichtet werden, den Widerstand des Unternehmers zu brechen.

Neben dieser den Gewerkschaften wie der Gesetzgebung obliegenden Aufgabe sind aber auch noch andere Mittel in Anwendung zu bringen. Diese ergeben sich in der Richtung, daß auch die weiteren Ursachen bekämpft werden müssen, denen zum erheblichen Teil die gegenwärtige Arbeitslosigkeit entspringt. Deutschland hat sich in den letzten 50 Jahren zu einem ausgesprochenen Industriestaat entwickelt. Es ist selbstverständlich, daß diese Entwicklung nicht rückgängig gemacht werden kann. Nicht notwendig dagegen ist, daß das deutsche Volk seine Lebensgrundlage im Auslande suchen sowie einen großen Teil seiner Lebensmittel von dort beziehen muß. Ebensowenig ist notwendig, daß alljährlich Hunderttausende vom Lande in die Städte ziehen müssen, dort proletarisieren oder zur Auswanderung gezwungen werden. Der deutsche Boden reicht durchaus hin, die deutsche Bevölkerung zu ernähren und Millionen deutscher Volksgenossen die Möglichkeit zu geben, auf eigener Scholle nicht nur ihren eigenen Lebensunterhalt zu erarbeiten, sondern auch den Ernährungsbedarf der industriellen Bevölkerung zu ergänzen. Wird von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht, so könnte der herrschenden Arbeitslosigkeit zum größten Teile, wenn nicht sogar vollständig ein Ende gemacht werden.

Dazu ist freilich erforderlich, daß eine gründliche Aenderung in den bestehenden Bodenbesitzverhältnissen herbeigeführt wird. Deutschland verfügt über 32 Millionen Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche. Diese befindet sich aber zu einem Viertel in den Händen des Großgrundbesitzes. Wie dieser die deutsche Volkswirtschaft verwüstet, geht daraus hervor, daß er jährlich über 250 000 Menschen gewaltsam aus seinen Wohnstätten in die Städte verdrängt, wo sie auf den Arbeitsmarkt drücken, während das Land entvölkert wird. In welchem Umfange, zeigt die Tatsache, daß während im Reichsdurchschnitt auf den Quadratkilometer 136 Menschen entfallen, Ostpreußen nur 57, Mecklenburg-Strelitz nur 38 und ganze Bezirke im Osten nur 6—8 Menschen zählen. Dieser Zustand erscheint um so widersinniger, wenn man sehen muß, wie an Stelle der abgedrängten Bevölkerung polnische Arbeiter beschäftigt werden. Im Jahre 1925 betrug die Zahl der auf den großen Gütern beschäftigten polnischen Arbeiter nicht weniger als 125 000. Eine annähernd gleiche Zahl fand in der Industrie Verwendung, während Millionen deutscher Arbeiter arbeitslos waren und Arbeitslosenunterstützung erhielten.

Der durch den Großgrundbesitz hervorgerufenen Entvölkerung weiter Ländergebiete, die zu einer volkswirtschaftlichen Gefahr geworden ist, aber auch zu einer nationalen Gefahr zu werden droht, ist nur durch eine durchgreifende Siedlungspolitik entgegenzuwirken. In Rußland, Lettland, Litauen hat man zu handeln gewußt, und der Herrschaft des Großgrundbesitzes ein Ende gemacht, dafür aber Bauern angesiedelt. In Deutschland wird man zu ähnlichen Maßnahmen kommen müssen, wie sie die Forderung eines Bodenreformgesetzes und einer energischen Reichssiedlungspolitik anstrebt. Selbstverständlich muß Vorsorge dagegen getroffen werden, daß diese Siedlungspolitik nicht zu einer neuen Bereicherungsquelle für den Großgrundbesitz wird, ferner die noch vorhandenen Moor- und Heideländereien in schnellerem Tempo der Kultivierung zugeführt werden, als es seither geschehen ist. Der nach dem Kriege entstandene Siedlungsgedanke ist in den letzten Jahren nur in sehr unzulänglichem Maße zur Ausführung gelangt. Ein im vorigen Jahre vom Reichstage einstimmig gefaßter Beschluß, während der nächsten 5 Jahre jährlich 50 Millionen für Siedlungszwecke zur Verfügung zu stellen, deutet auf eine Aenderung hin. Diese wird um so nachhaltiger und wirkungsvoller sein, je mehr die Arbeiterschaft als auch die in hohem Maße an der Siedlungspolitik interessierte kleinbäuerliche Bevölkerung in dieser Frage auf tatkräftiges Handeln hindrängt.

Mt.

Nachklänge zum englischen Generalstreik.

Die Unzufriedenheit in der englischen organisierten Arbeiterschaft über den am 12. Mai 1926 erfolgten bedingungslosen Abbruch des mit so großen Hoffnungen begonnenen teilweisen Generalstreiks will kein Ende nehmen. Noch nicht vorauszusehen ist, ob die am 20. und 21. Januar stattgefundene Konferenz der Gewerkschaftsvorstände erleichternd wirken wird. Leider fand die von 1200 Delegierten beschickte Konferenz, die 200 Verbände vertraten, unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt, was natürlich der Klärung nicht dienlich war. Bei der großen Bedeutung, die der englische Wirtschaftskampf des Jahres 1926 für die gesamte internationale Gewerkschaftsbewegung hatte, ist es sicherlich nicht ohne Interesse, die Ursache des großen Kampfes in englischer Beleuchtung kennenzulernen.

Was dem ausländischen Beobachter am meisten an den stattgehabten Debatten über Ursache und Verlauf der Bewegung in die Augen springt, ist, daß man nicht den Versuch machte, in großzügiger Weise die Lehren aus dem Riesenkampfe zu ziehen, um die so gezogenen Schlußfolgerungen zum Wohle der gesamten Arbeiterbewegung verwenden zu können, sondern sich eigentlich mit Fragen von untergeordneter Bedeutung beschäftigte. Die Debatten drehten sich hauptsächlich um folgende zwei Fragen: 1. Warum wurde der Generalstreik eigentlich erklärt? 2. Hatte der Generalrat der Gewerkschaften Vollmacht, die gesamte Streikleitung zu übernehmen, also auch die Verhandlungen mit der Regierung und dem Bergbauunternehmertum zu führen?

Die Grundlage der Tagesordnung bildeten 3 gedruckte Berichte, die den Delegierten vierzehn Tage vor Zusammentritt der Konferenz unterbreitet wurden. Davon stammen zwei vom Generalrat. Einer befaßt sich mit der Geschichte des Generalstreiks, der andere behandelt die Ereignisse des Bergarbeiterkampfes nach Abbruch des Generalstreiks. Der dritte Bericht, der beweisen will, daß der Generalrat durch die bedingungslose Kapitulation die Bergarbeiter ins Verderben führte, stammt von der Bergarbeiterförderation. Der geübte und mit der rauhen Wirklichkeit vertraute Gewerkschafter muß über die Art der Beweisführung den Kopf schütteln. An den entscheidenden Punkten drückt man sich vorbei und läßt die Kernfragen unberührt.

Aber auch beim Bericht des Generalrats vermißt man ein tieferes Eindringen in die Materie. Da der Generalrat von allem Anfang an mit der Ideologie der Bergarbeiterführung auf Kriegsfuß stand, hätte man eine bessere Herausschälung der grundsätzlichen Gegensätze erwarten dürfen. So vermißt man im Bericht eine prinzipielle Stellungnahme zur Frage der Staatssubventionen. Was aber die einzelnen Mitglieder über diesen Punkt denken, hat J. H. Thomas, der bedeutsame Parlamentarier der Arbeiterpartei und Führer der Eisenbahner, im „Answers", einem neutralen Blatt, mitgeteilt. Er schreibt dort:

„Vergessen wir doch nicht, nach der unwiderlegbaren Ansicht der königlichen Kohlenkommission arbeiteten 79 v. H. der Gruben mit einem Defizit von 1.30 bis 7.50 Mark die Tonne. In Wirklichkeit war die staatliche Unterstützung von 460 Millionen Mark gegeben worden, um die Kohlen an die Ausländer weit unter Preis verkaufen zu können."

Es handelte sich also hier um ein Dumping schlimmster Art. So befanden sich die Bergarbeiter von allem Anfang an in einer Sackgasse. Sie kannten die Unrentabilität der Gruben und verlangten als Abhilfe eine Verewigung der Staatssubventionen.

Thomas schreibt nun: „Anderseits lagen die Dinge aber so, wenn sowohl die Regierung wie die Unternehmer das Schlagwort „Keinen Pfennig vom Lohn, keine Minute auf die Arbeitszeit" angenommen hätten — oder ohne Weiterzahlung der Subvention — so wäre der Effekt der gewesen, man hätte zur Schließung der unrentablen Gruben schreiten müssen, wodurch wenigstens 200 000 Bergarbeiter überhaupt nicht mehr in die Gruben hineingekommen wären. Man gebe sich keiner Täuschung hin. Die angeführte Zahl dauernd Erwerbsloser wird von den Führern der Bergarbeiter anerkannt. Als ich einmal Herbert Smith fragte, ob er sich auch darüber klar sei, was es bedeute, durch eine Lohnpolitik 200 000 Arbeiter brotlos zu machen, sagte dieser: „Jawohl, dessen bin ich mir bewußt." Das aber sind die Gründe, die den Generalrat bewegten, sich nicht auf ein Schlagwort festzulegen."

Wenn aber der Generalrat grundsätzlicher Gegner einer Verewigung eines subventionierten Kohlenbergbaus war — vor allem wohl auch deshalb, weil es weltpolitisch betrachtet, einer Politik des Selbstmordes gleichkommt, — warum wurde dann eigentlich der Generalstreik geführt? Auf diese Frage sucht man im Bericht des Generalrats vergeblich eine klipp und klare Antwort. Der Genosse Brailsford hat schon recht, wenn er am 14. Januar im New Leader schrieb:

„Es prickelt immer wieder meine Gemütsstimmung, wenn ich daran denke, daß der Generalrat diesen schrecklichen Torpedo (d. i. den Generalstreik) gegen die Flanke der kapitalistischen Gesellschaft richtete, bloß zu dem Zweck, das Samuel-Memorandum zu erzeugen, diesen wirklich zahmen und liberalen Plan. Bildlich gesprochen wurde der Generalstreik zu dem Zweck inszeniert, neben anderen Dingen einen Lohnabbau von 10 v. H. der Kohlengräber zu erreichen. Sollten wir jemals wieder in die Lage kommen, mit offenen Augen in einen Generalstreik mit allen seinen Gefahren hineinrennen, so müssen wir im entscheidenden Augenblick daran denken, das zu erstrebende Ziel zu erweitern. Es können Momente entstehen, wo man aus Klugheitsrücksichten und mangels etwas Besserem einen Samuel-Plan annimmt. Man kann sich unter Umständen für die Annahme eines solchen Planes einsetzen. Aber darf man den Vorwurf der Revolutionsspielerei auf sich nehmen bloß deswegen, weil man eine Lohnverkürzung gepaart mit kleinlichen Reformen durchdrücken will?"

In diesem kleinlichen Gemisch von Heroismus und Vorsicht, von Wagemut und Kompromiß, lag die wirkliche Schwäche der Maitage."

Bezüglich des so wichtigen Problems: wer die Kontrolle des Kampfes haben sollte, sind die Darlegungen des Generalrats unanfechtbar. Die Bergarbeiterführung hat hier die Schuld des Vertrauensbruchs auf sich zu nehmen. Gerade die Bergarbeiterführer waren es, die die Forderung nach Machterweiterung des Generalrats erhoben, um dann im entscheidenden Augenblick die Ausübung dieser Macht zu verhindern. Es herrschte bereits im ersten Anfangsstadium der Krise schärfster Gegensatz zwischen Generalrat und Bergarbeiterführung. Nachdem der Kampf begonnen (1. Mai) und der Generalstreik für den 3. Mai angesagt war, versuchte der Generalrat natürlich alles zur Verhinderung der Katastrophe, was jeder deutsche Gewerkschaftskollege als richtig anerkennen wird. Man arbeitete also darauf hin, den Streik der Bergarbeiter zum Stillstand zu bringen, indem die alten Löhne zunächst für vierzehn Tage weitergezahlt werden sollten (natürlich mit Hilfe staatlicher Unterstützung), um während dieses „Waffenstillstandes" auf der Grundlage des Kohlenberichts über das Zustandekommen einer neuen Lohnvereinbarung verhandeln zu können. Der Premierminister war mit dem Vorschlag einverstanden und am Sonntagmorgen (2. Mai) sollte eine gemeinsame Sitzung stattfinden, die aber zunächst ausfiel — weil die Bergarbeiterführer im geheimen die Stadt verlassen hatten!

Warum ließ sich aber der Generalrat unter solch widrigen Verhältnissen in das Abenteuer eines Generalstreiks hineinreißen? Darüber findet man kein Wort im Bericht.

Nach Beendigung des Generalstreiks hat man es immer so dargestellt, dieser sei wegen einer „Phrase" unvermeidlich geworden. Und was war diese Phrase? Am 30. April — also wenige Stunden vor Ausbruch des Kampfes — wurde Herbert Smith, Vorsitzender der Bergarbeiter, von der Regierung gezwungen, klipp und klar die Stellung der Föderation zum Kohlenbericht darzulegen, worauf dieser zur Antwort gab, „er sei bereit, in eine Diskussion über den Kohlenbericht von Anfang bis zu Ende einzutreten." Der Bericht knüpft nun hieran folgende Bemerkung: „Der Generalrat glaubte nach dieser Erklärung zu der Schlußfolgerung berechtigt zu sein, im Falle die Lohnfrage in Verbindung mit den anderen Punkten des Kohlenberichts (also die Modernisierung) beraten würde, das Einverständnis der Bergarbeiterführung voraussetzen zu können."

Schon als der Bergarbeiterkampf entbrannt war, zwang Cook den Vorsitzenden zu folgender Erklärung: Um Mißverständnissen vorzubeugen, muß ich meine gestrige Erklärung dahingehend berichtigen: ich wollte nicht sagen, daß wir den Kohlenbericht annehmen. Was ich sagen wollte, war: „Ich bin bereit, den Kohlenbericht von Seite eins bis zum Schluß zu untersuchen und das Ergebnis einer solchen Untersuchung anzunehmen." Was aber sollte mit einer solchen Erklärung, nachdem der Kampf begonnen, angefangen werden? Sie konnte doch nur einen Sinn haben: Oel ins Feuer zu gießen!

Wie vorauszusehen war, endete die Konferenz mit der Annahme des Berichts des Generalrats, der doch das schärfste Mißtrauensvotum gegen die Bergarbeiterführer enthält. Cook hat sich trotz aller Einschränkungen mit dem Votum der Konferenz abgefunden und seiner Meinung dahingehend Ausdruck verliehen, allen Spaltungsversuchen entgegenzuarbeiten. Die Einheit der englischen Gewerkschaftsbewegung stehe ihm über alles. Hoffen wir, daß die englischen Gewerkschaften aus dem Mißgeschick des Jahres 1926 die richtigen Lehren ziehen werden.

B. Weingartz.

Wann besteht Anspruch auf die Pflegezulage?

Sowohl nach dem Reichsversorgungsgesetz wie nach der Reichsversicherungsordnung (Unfallversicherung) besteht Anspruch auf eine Pflegezulage (Pflegegeld), solange der Beschädigte (Verletzte) infolge der Dienstbeschädigung (des Unfalles) so hilflos ist, daß er „nicht ohne fremde Wartung und Pflege bestehen kann". Je nach der Größe des „Hilfsbedürfnisses" kennen Reichsversorgungsgesetz und Reichsversicherungsordnung Abstufungen in der Höhe des Pflegegeldes, an dessen Stelle übrigens in der Unfallversicherung die Gestellung der Warte und Pflege selbst durch den Versicherungsträger treten kann. Das Pflegegeld in der Unfallversicherung beträgt 20 bis 75 RM. monatlich. Die Beträge der Pflegezulage in der Reichsversorgung sind zur Zeit auf 432, 720, 864 RM. jährlich festgesetzt.

Wann ein Zustand der „Hilfsbedürftigkeit" im Sinne des Gesetzes anzunehmen ist, darüber haben sich Reichsversicherungsamt und Reichsversorgungsgericht in grundsätzlichen Entscheidungen in folgendem Sinne ausgesprochen:

„Hilflos" ist nicht schon derjenige, der für einzelne Verrichtungen des täglichen Lebens, wenn auch regelmäßig, auf fremde Hilfe angewiesen ist, sofern sich diese Hilfeleistungen ohne beträchtliche Schwierigkeiten oder Aufwendungen beschaffen lassen, sondern nur der, für dessen Pflege dauernd eine fremde Hilfskraft ganz oder in erheblichem Umfange in Anspruch genommen werden muß. Doch ist wiederum nicht notwendig, daß die „Hilfsbedürftigkeit" an jedem Tage besteht. Es genügt auch, wenn nur ständig die Gefahr des Eintritts der Hilfsbedürftigkeit gegeben ist, ohne daß der Fall der Hilfsbedürftigkeit bisher eingetreten ist.

Ob der Beschädigte noch einer Beschäftigung nachgehen kann, ist für den Anspruch auf Pflegezulage nicht entscheidend (Entsch. d. R. V. Ger. IV 74 Nr. 27). Es kommt nur darauf an, ob der Zustand der Hilfsbedürftigkeit so häufig und so regelmäßig wiederkehrt oder aber wiederkehren kann, daß der Beschädigte ohne eine fremde, jederzeit zu seiner Pflege und Wartung bereite Hilfskraft nicht auskommen kann..

Daß hiernach beispielsweise die Voraussetzungen der Pflegebedürftigkeit bei solchen Personen erfüllt ist, denen beide Beine oberhalb des Knies abgesetzt sind, kann nicht streitig sein und hat der Reichsarbeitsminister auch in einem Runderlaß an die Versorgungsbehörde anerkannt (RVBl. 1921 S. 392 Dr. 764). Es ist dabei nur zu entscheiden, ob einfache oder erhöhte Pflegezulage zu leisten ist. Dagegen soll, ebenfalls nach einer Anweisung des Reichsarbeitsministers, die Pflegezulage regelmäßig versagt werden, wenn dem Beschädigten „lediglich beide Unterschenkel" abgesetzt sind. Dabei muß natürlich vorausgesetzt werden, daß die Kniegelenke erhalten und gut beweglich sind, daß auch sonst keine die Auswirkung der Verstümmelung noch erschwerende Umstände mitsprechen. So hat kürzlich das Versorgungsgericht Schwerin einem Kriegsbeschädigten, dem beide Unterschenkel handbreit unterhalb des Kniegelenkes abgenommen waren,

Süd- und Mittelamerika.

Von Ingenieur K. Handruck, Dresden.

So mancher möchte in dieser schweren Zeit seine Heimat mit einem überseeischen Lande vertauschen. Darum richtet sich der Blick von vielen heute nach den südamerikanischen Staaten. Vor allem Brasilien und Argentinien sind das Land ihrer Sehnsucht. Doch wer drüben war, der weiß, es ist nicht alles Gold, was glänzt. Am übelsten sind diejenigen dran, die mittellos dort ankommen und nicht einmal die Landessprache beherrschen. Nur wenige können es sich leisten, das Land zu durchstreifen, nur um seine Schönheiten zu genießen. Selbst Geschäftsreisende, die, von einer Firma gesandt, mit genügenden Mitteln ausgestattet, aber nicht mit den Gewohnheiten des Landes vertraut waren, erlitten oftmals Schiffbruch.

In sämtlichen lateinamerikanischen Ländern wird ein Geschäft natürlich ganz anders abgewickelt als in Europa. Musterreiter nennt man dort Reisende, die mit zehn und noch mehr Mauleseln und Einheimischen, schwer bepackt, losziehen, einer Karawane gleich, um tief im Innern alles abzusetzen; entweder erhält man im Umtausch Felle oder die Ernte wird verpfändet. Selten ist das teure Bargeld zu sehen. Auf ihrem Wege werden auch die verschiedenen Kolonien mit besucht, und so mancher Siedler ist froh, wieder einmal ein neues Hemd einzuhandeln, aber auch gleichzeitig wieder einmal etwas aus der Welt von dem Meisterreiter, der wandelnden Zeitung des Innern, zu hören. Die Nationalität spielt hierbei gar keine Rolle, da von beiden Teilen meistens die Landessprache beherrscht wird.

Von den einheimischen Indianern macht sich der Europäer auch meist eine ganz falsche Vorstellung. Von vornherein etwas mißtrauisch, da sie mit den Weißen, besonders im Kriege, schlechte Erfahrungen gemacht haben, sind sie jedoch manchmal besser als ein Weißer. Haben sie erst einmal jemand die Gastfreundschaft angeboten, so ist man dort unter dem allerbesten Schutz.

Argentinien, das große Kamp oder Flachland, mit seinem unermeßlichen Viehreichtum, ist gleichzeitig bekannt als Getreidestaat. Im Territorium Missiones, der Dreiländerecke Argentinien, Paraguay und Brasilien, ist für Siedler noch die beste Aussicht. Mit einigen tausend Mark ließe sich in den schon bestehenden Kolonien Monte Carlo, Puerto Rico und Eldorado etwas unternehmen. Neuerdings kommt auch noch der Aufschwung der Oelquellen von Comodore Rivadavia hinzu. Buenos Aires, die schnell emporgeblühte Hauptstadt, das Neuyork Südamerikas, beherrscht den Welthandel.

Ein früher sehr verlockendes Land war Chile: langgezogen über 38 Breitengrade hinweg, und jedes Klima ist dort zu finden. Die große Gebirgskette der Kordilleren durchzieht ganz Chile bis über Peru hinaus.

Die berühmte Transandinebahn verbindet Argentinien von Mendoza aus über den Uspallapaß in etwa zwölfstündiger Fahrt mit Los Andes. In nahezu 4000 Meter Höhe führt die Bahn. Die Fahrt durch die Felsenwildnis ist hochromantisch und interessant. Die Züge verkehren aber nur am Tage. In den Wintermonaten ist der Verkehr häufig durch große Schneemassen tage- und sogar wochenlang unterbrochen. Da die Ausfuhr dem Salpeterland heute nicht mehr so viel einbringt, die Valuta auch sehr schlecht steht, ist dieses Land für Siedler gerade nicht zu empfehlen. Dafür ist mehr das kleine Paraguay geeignet, vorausgesetzt, daß man nicht in kurzer Zeit gleich Millionär werden will. Mit etwas Geld und Fleiß kann eine kinderreiche Familie schon vorwärtskommen. Die richtige Freude an dem Emporblühen der Siedlung, das gilt auch für das vielgerühmte Brasilien, empfinden erst die Kinder und Kindeskinder des Siedlers.

Viele treibt auch Abenteuerlust und dergleichen hinaus, die jedoch an Ort und Stelle der rauhen Wirklichkeit Platz machen müssen. Da sich in allen diesen Ländern eine eigene Industrie entwickelt, so ist auch für Südamerika eine Zukunft vorauszusehen. Fast alle Rohstoffe sind im Lande selbst vorhanden und man lernt dort jetzt selbst produzieren. Europa wird nach und nach vom Exporthandel nach dort ausgeschaltet werden. Augenblicklich ist auch in Südamerika die Wirtschaftslage nicht so rosig, wie man annimmt, und es gehört vor allen Dingen viel Energie und auch etwas Glück dazu, um vorwärtszukommen.

Ein Land, welches man heute noch für junge Leute empfehlen kann, ist Bolivien, genannt der Nabel von Südamerika. Seiner geographischen Lage nach müßte Bolivien nur tropisches Klima haben, liegt es doch ganz in der heißen Zone. Da aber ein Teil höchstes Hochgebirge ist, wird in dessen Bereich der Einfluß der heißen Zone aufgehoben und das Klima teilweise in gemäßigtes und kaltes Klima verwandelt, während im Tal ewiger Frühling herrscht.

Im ganzen ist das Land wirtschaftlich noch wenig entwickelt. Der Grund ist das Fehlen von neuen Einwanderern, da es, fast unbekannt, zu weit abliegt im Innern. Auch der Mangel an guten Verkehrsverhältnissen hat großen Einfluß auf die Erschließung des Landes. Neuerdings ist man bestrebt, Flugzeugverbindung zu schaffen. Von Buenos Aires ist Bolivien in zirka drei Tagen mit der Bahn zu erreichen. Später müssen Maultiere als Beförderungsmittel benutzt werden, während Lamas als Lasttiere Verwendung finden. Vor allen Dingen ist Bolivien sehr reich an Mineralien und wird noch sehr gering ausgebeutet.

Auch Venezuela ist ein Land, welches vielen Deutschen unbekannt ist und in der heißen Zone liegt. Die Hitze wird aber durch seine Gebirge gemildert, so daß in den Höhenlagen über 1000 Meter ein gesundes Klima vorhanden ist. Als Handelsprodukte kommen hauptsächlich Kaffee, Tabak, Kakao und Rohöl in Frage. Mit Deutschland steht Venezuela in recht guten Beziehungen, denn der größte Teil des Handels liegt in deutschen Händen. Auf ausgetretenen Maultierpfaden, bergauf, bergab, durch tropischen Urwald, viele Stunden ohne Wasser, führte unser Weg nach der einzigen deutschen Kolonie Tovar. Doch waren wir sehr erstaunt, als wir an einer Urwaldlichtung echten Berliner Dialekt hörten und auf die Kolonie „Neu-Berlin" stießen. So hatte man die einzelne, sauber errichtete Lehmhütte getauft. Eine Familie aus Karlshorst hat sich seit einigen Jahren vor der badischen Kolonie Tovar niedergelassen. Die Frau bearbeitete mit drei Kindern die Farm, während der Mann in der Hauptstadt Caracas Geld zu verdienen suchte. Ein Glück, daß die größere Kolonie nur einige Kilometer davon entfernt lag, so konnte im Notfall immer Unterstützung von dort aus geleistet werden. Die badische Kolonie Tovar selbst liegt einige Kilometer auseinandergezogen. Die Unterhaltsbestreitung erfolgt aus dem Erlös der tiefer angelegten Kaffeepflanzungen. Maultiere stellen das einzige Transportmittel zwischen der Hauptstadt und der Siedlung dar. Nach kurzer Rast nahmen wir herzlichen Abschied, um die Reise nach den Oelfeldern Maracaibos fortzusetzen. Aber auch hier hat sich amerikanisches, englisches und holländisches Kapital zur Ausbeutung der Oelquellen festgesetzt.

Mit dem Schiff ging die Reise nun weiter durch den imposanten Panamakanal, dem Märchenland Mexiko zu. Trotz der großen natürlichen Reichtümer an Bodenschätzen, Edelhölzern und allen tropischen Kulturpflanzen ist Mexiko heute, vom wirtschaftlichen Standpunkt aus, infolge der langjährigen Unruhen ein daniederliegendes Land. Ein großer Nachteil für den Staat ist es, daß fast drei Viertel des Handels auf das Konto der Vereinigten Staaten gebucht werden muß. Das bringt natürlich eine gewisse Abhängigkeit mit sich. Da nun in Tampico ausgedehnte Oelfelder sind und auch hier der Amerikaner sich schon sehr festgesetzt hat, so sind stetig Reibereien der beiden Regierungen vorhanden. Der Gesamtwert der Anlagen nebst Zubehör wird auf ungefähr 1½ Milliarden Mark veranschlagt. Die Gesamtfassungsfähigkeit der dortigen Behälter beläuft sich etwa auf 7 500 000 Kubikmeter. Durch wirtschaftliche Maßnahmen und die soziale Politik der heutigen mexikanischen Regierung sieht sich das amerikanische Großkapital der mexikanischen Petroleuminteressenten bedroht. Mexiko möchte gern Deutsche und deutsches Kapital nach dort haben, um einen Ausgleich zu schaffen und den amerikanischen Anteil zu verringern. Die Deutschfreundlichkeit ist groß im Volk. Die allgemeine Lage bringt aber für arme Einwandernde keine großen Vorteile. Wie alle anderen süd- und mittelamerikanischen Länder verlangt auch dieser Staat zähe und gesunde Menschen, denen es nicht an Energie mangelt. Das größte Elend findet man in den Großstädten, denn dort gibt es nur Arme und Reiche. Wohlfahrtseinrichtungen fehlen vollkommen. Derjenige, der da hofft, in kurzer Zeit zu einer gewissen Behaglichkeit zu gelangen, wird leicht enttäuscht werden. Um dieses Ziel zu erreichen, bedarf es langer entsagungsvoller Arbeit.

Der neue Kurs.

Stein-Proleten merket auf,
was geschah im Zeitenlauf:
Eine Schule ist erstanden
zu befrei'n von Geistesbanden
mit bewährtem hohem Schwung
die Kollegen alt und jung.

Kunde von der Volkswirtschaft
und von des Verbandes Kraft,
von Sozial-Juristerei,
Kassenwesen auch dabei,
konzentriert auf wen'ge Tage,
manchem macht's gar arge Plage.

Doch bleibt der Erfolg nicht aus.
Mit dem Vorsatz geht's nach Haus:
Das Gehörte zu verbreiten,
neue Kentnis zu bereiten,
sich und andere zu stärken,
aus den mitbekomm'nen Werken.

So begann ein neues Leben,
geistig Ringen, geistig Streben
auch in unserem Verbande.
Ganz besonders auf dem Lande
wird die Ernte reichlich lohnen,
wenn wir keine Mühe schonen.

Die großstädtischen Kollegen
finden reichlich Geistessegen
an den Quellen ihres Ortes.
Drum bedarf es nur des Wortes,
daß sie sich dort selbst versorgen
aber lieber heut' als morgen.

Sind doch bald auf gleichem Stande
die Kollegen auf dem Lande.
Und ein Wettstreit kann beginnen,
Stadt und Land kreuzen die Klingen,
doch zum Wohle des Verbandes
und des Steinarbeiter-Standes.

Erwin.

den Anspruch auf die einfache Pflegezulage zuerkannt mit folgender Begründung:

„. . . Das Gutachten vom . . . muß bereits eine wesentliche Verschlimmerung der Stumpfverhältnisse und der hierdurch bedingten Beschwerden zugeben. Die amtliche Auskunft . . . besagt, daß P. nur in Begleitung seiner Ehefrau angetroffen wird, und daß diese wegen Wartung des P. einem Erwerbe nicht nachgehen kann. Das Uhrmachergewerbe des P. hat keinen wirtschaftlichen Wert, da es nur in ganz geringem Umfange ausgeübt wird . . . Schließlich muß nach dem neuen . . . Gutachten . . . angenommen werden, daß tatsächlich ein Zustand der Hilflosigkeit vorliegt; wenn auch P. bei der Untersuchung sich selbst an- und auszuziehen vermochte, so geschah dies nur unter übergroßer Anstrengung und unter Schweißausbruch. Statt von „recht guter Ernährung" dürfte jetzt nur von einer erheblichen Korpulenz zu sprechen sein, durch die die Beweglichkeitsbeschränkung des verstümmelten Mannes weiter verschärft wird. Damit aber ist es glaubhaft, daß P. für die Hauptverrichtungen des täglichen Lebens einer fremden Hilfe dauernd nicht entbehren kann. Ob diese Hilfe durch die Ehefrau oder durch eine fremde Person geleistet wird, ist nicht entscheidend."

Das Reichsversorgungsgericht (1. Senat) hat einem Kriegsbeschädigten, bei dem der rechte Oberschenkel im oberen Drittel und der linke Fuß amputiert worden war, auch die einfache Pflegezulage zugesprochen. In der Begründung (Jur. Wochenschr. September 1926) heißt es:

„. . . Der Kläger kann zwar mit Hilfe seiner Prothesen sich bei gutem Wetter allein auf der Straße fortbewegen und geht auch seiner Beschäftigung beim Versorgungsamt . . . nach. Bei Glätte oder Nässe dagegen bedarf er zu seinen notwendigen Gängen stets der Begleitung einer anderen Person. Auch das Treppensteigen ist für ihn ohne fremde Hilfe mit außerordentlicher Anstrengung verbunden. Erfahrungsgemäß tritt ferner bei doppelseitig Amputierten in regelmäßiger Wiederkehr ein Wundscheuern oder gar eine Entzündung der Stümpfe ein, wodurch sie am Tragen der Prothesen verhindert werden; sie können auch die Prothesen nicht den ganzen Tag angeschnallt tragen, sondern müssen sie, um das Wundscheuern zu verhindern, zeitweilig — vielfach stundenlang — ablegen. In dieser Lage ist aber ein Beschädigter, dem ein Oberschenkel fehlt, und dessen anderes Bein in der Gebrauchsfähigkeit erheblich beeinträchtigt ist, so hilflos, daß er zu seiner Unterstützung einer anderen Person bedarf, die ihm hilft, die entzündeten Stümpfe durch kühlende Umschläge zu pflegen und ihm die sonstigen notwendigen Handreichungen leistet, so lange er zum Ablegen der Prothesen oder zur Bettruhe gezwungen ist. Da der geschilderte Zustand regelmäßig wiederkehrt und alsdann die durch ihn bedingten zahlreichen Hilfeleistungen notwendig werden, sind die . . . Voraussetzungen der Hilflosigkeit im Sinne des § 31 RVG. erfüllt."

Leider muß gesagt werden, daß meistens von den hilfsbedürftigen Schwerbeschädigten und Schwerverletzten erst ein Kampf um die Pflegzulage durchgeführt werden muß. Wie die Versorgungsämter bei den Kriegsbeschädigten so prüfen auch die Berufsgenossenschaften bei den Unfallverletzten außerordentlich „penibel", ob nicht die Gewährung des Pflegegeldes zu umgehen ist. Ohne besonderen Antrag werden Pflegezulagen kaum gewährt, wenn es sich nicht etwa um Erblindung oder Geisteskrankheit handelt, in welchen Fällen stets Hilflosigkeit im gesetzlichen Sinne anzuerkennen ist. Es sollte aber auch bei den doppelt Amputierten stets in weitherzigster Weise die Frage nach der „Hilflosigkeit" geprüft und beantwortet werden. ck.

Aus den Zahlstellen und für die Zahlstellen.

Gesperrt:

1. Gau. N. W.: In **Ibbenbüren** und Umgebung sämtliche Betriebe der Steingewinnung und Steinbearbeitung. weil die Unternehmer nicht den Tarif respektieren.

3. Gau: In **Diethensdorf**, Bez. Leipzig, das Granitwerk Dorsner. — Die **Röcknitzer Quarzporphyrwerke** G. m. b. H. (Geschäftsführer Haase in Leipzig).

4. Gau: In **Erfurt** das Grabsteingeschäft Schleipfer.

6. Gau: Vom Werkstein- und Pflasterbezirk des **Odenwaldes** ist Zuzug fernzuhalten. — In **Freiburg** (Baden) die Firma Südbau, G. m. b. H., Schwarzwaldstr. 133, für Steinmetzen wegen Maßregelung.

Streik:

4. Gau: In **Hannover** Steinmetzen, Kunststeinbearbeitung, Kanalbau Misburg-Hannover.

*

Steinarbeiter.

Lauterecken. Die Zahlstelle hielt am Sonntag, dem 23. 1., im Goldenen Stern ihre Generalversammlung ab mit der Tagesordnung: 1. Aussprache über die bestehenden Lohnstreitigkeiten. 2. Neufestsetzung des Lokalzuschlages. 3. Neuwahl der Vorstandschaft. 4. Arbeitszeit und Schutzgesetz. Anwesend war Bezirksleiter Kollege Gras. Die Versammlung war gut besucht. Der erste Punkt der Tagesordnung hatte sich durch den Schiedsspruch des Haupttarifamtes vom 18. 1. 1927 erledigt, Kollege Gras konnte nur noch den Werdegang der Verhandlungen erläutern. Zu Punkt 2 wurde der Lokalbeitrag auf 10 Pfg. erhöht, aber von der Versammlung gewünscht, daß die Hauptkasse den Gehalt des Bezirksleiters voll übernimmt, da bei dem jetzigen System eine starke finanzielle Belastung der Zahlstellen vorhanden ist. Außerdem wurde erneut die Frage aufgeworfen, zwecks Loslösung vom 6. Gau und das Rammelsbacher Gebiet mit Pfalz und Nahe zu einem (?) Gau zusammenzufassen. Dementsprechende Anträge werden zum Verbandstag gestellt werden. Kollege Gras gab einen kurzen Bericht von der Beiratskonferenz in Düsseldorf, auf der die Frage der Uebernahme der ganzen Gehälter der Angestellten besprochen worden sei. Nachstehende Entschließung wurde einstimmig gutgeheißen: „Die Versammlung am 23. 1. 1927 geht mit dem ADGB. sowie mit dem Zentralvorstand einig darin, daß die vollen Wochenbeiträge an die Hauptkasse abgeführt werden und die Zahlstelle zur Deckung der örtlichen Verwaltung selbst zu sorgen hat." Die Neuwahl ergab: 1. Vorsitzender und Schriftführer (provisorisch), Aug. Dreyer, 2. Fritz Gramb, Kassierer Otto Neßler, 2. Schriftführer Otto Horrung, Beisitzer Otto Hunsinger, Revisoren Julius Lukas und Friedrich Reis. Der letzte Punkt mußte wegen vorgeschrittener Zeit zur nächsten Versammlung zurückgestellt werden. Mit dem Wunsche, daß es mit unserer Zahlstelle wieder aufwärts gehe, schloß die Versammlung.

Rammelsbach. Generalversammlung am 19. Januar 1927. Tagesordnung: Jahresbericht; Kassenbericht; Neuwahl; Arbeitszeitgesetz; Verschiedenes. Vors. Weber begrüßt die Versammlung und gab den Jahresbericht. Kassierer Rausch gab den Kassenbericht, der von der Versammlung anerkannt wurde. Die Neuwahl brachte folgendes Ergebnis: Weber, Julius, 1. Vorsitzender; Blind, Willi, 2. Vorsitzender; Rausch, Jakob, Kassierer; Leonhard, Eugen, 1. Schriftführer; Matheis, Jakob, zweiter Schriftführer; Fauß II, Ludwig, und Theisinger, Ludwig, Revisoren; Rech, Jakob, und Schneider, Ludwig, Beisitzer; Steller, Emil, und Leonhard, Ludwig, Unterkassierer; Weber, Julius, Blind, Willi, Simon, Emil, Kannegießer, Karl, Delegierte ins Gewerkschaftskartell. Ueber „Arbeitszeitgesetz" sprach Bezirksleiter Gras. Er streifte dabei die Wirtschaftslage Deutschlands und Europas. Eine lebhafte Debatte setzte ein. Nach Erledigung örtlicher Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

Wiesbaden. In der Jahresversammlung am 18. Januar gab der Vorsitzende seinen Jahresbericht. Aus diesem ging hervor, daß der Versammlungsbesuch durchweg gut war. Durch Verhandlungen vor dem Schlichter konnte für die Bau- und Grabsteinmetzen der Stundenlohn von 1,31 Mk. gehalten werden. In Verhandlungen mit den Arbeitgebern direkt gelang es am 5. Juni, einen Tarif für diese beiden Gruppen abzuschließen auf der Grundlage des R.A.V. für Marmor- und Grabmalbetriebe. Der Ferienanspruch steht allen zu; auch die 45-Stunden-Woche konnte in sämtlichen Branchen erhalten bleiben. Die Marmorarbeiter sind durch den Abbau der Maurerlöhne um 3 Pfg. pro Stunde zurückgegangen, weil solches tariflich vereinbart ist. Die Mitgliederzahl blieb stabil. Gestorben ist ein Kollege. Arbeitslos waren im Januar 10 und im Dezember 22 Kollegen. In den übrigen Monaten war die Beschäftigung gut. Um den geselligen Zusammenhalt innerhalb der Zahlstelle zu pflegen, wurden verschiedene Familien-Ausflüge unternommen. Im Festzuge des Gewerkschaftsfestes war die Zahlstelle mit eigener Gruppe vertreten, was uns 140 Mk. kostete. Zur Aufrechterhaltung der guten nachbarlichen Beziehungen zur Zahlstelle Mainz wurde alles getan. Auch wurde mit dieser am 8. August eine gemeinsame Rheinfahrt nach der Loreley veranstaltet, die zur vollsten Zufriedenheit aller Beteiligten ausfiel. — Der Kassenbericht ergab eine Zunahme unseres Kassenbestandes von 385 Mk. am Jahresanfang auf 1374 Mk. am Jahresschluß. Der Markenverkauf war der Mitgliederzahl entsprechend normal. Seit 1. April beträgt der Lokalzuschlag auf die Beitragsmarken 70 Pfg. Dadurch konnten wir ohne jede Sammelliste überall, wo es notwendig war, entsprechende Beträge leisten. Die arbeitslosen Kollegen erhalten von uns Unterstützung von 1 Mk. pro Tag bis zu 8 Wochen innerhalb eines Jahres (vom 1. November zum 31. Oktober). Auch die Erwerbslosenmarken und etwaige Extrasteuern werden aus der Lokalkasse bezahlt. Zu Weihnachten erhielten die Erwerbslosen als besondere Gabe einen Gutschein auf Lebensmittel für 6 Mk. An Arbeitslosenunterstützung wurden einschließlich der Weihnachtsgabe und 20 Mk. für einen invaliden Kollegen 475,10 Mk. geleistet. Dem Vorstand und dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt. Die Vorstandswahl ergab eine Aenderung der Zusammensetzung. Der 2. Vorsitzende wurde zum 1. Vorsitzenden und der seitherige 1. Vorsitzende wurde zum Schriftführer gewählt. Zu Revisoren wurden zwei andere Kollegen gewählt, damit auch andere Kollegen Einsicht in die Kassenführung nehmen und lernen können. In diesem Jahre feiert unsre Zahlstelle ihr 30jähriges Bestehen. Um dieses würdig zu begehen, wurden schon jetzt drei Kollegen als vorbereitende Kommission gewählt. Es wurde noch beschlossen, denjenigen Kollegen, die an der demnächst in Mainz stattfindenden Gaukonferenz als Zuhörer teilnehmen wollen, einen Teil der ihnen entstehenden Ausgaben aus der Lokalkasse zu vergüten.

Sohland. Am 17. Januar 1927 fand die Hauptversammlung statt, die von 17 Kollegen besucht war. Tagesordnung: Jahresabrechnung, Wahl, Verschiedenes. Der Kassierer verliest die Rechnung und gibt sie jedem Kollegen zur Einsicht. Die Rechnung wurde von 2 Revisoren geprüft und für richtig befunden und der Kassierer entlastet. Der alte Vorsitzende wurde einstimmig wiedergewählt. Der Vorsitzende verliest ein Schreiben vom Gauleiter, der mitteilt, daß die Granitwerke des Herrn Herold, Bautzen, Wettinstraße 41, 50 ausländische Bossierer und Speller sucht, trotzdem genügend inländische arbeitslose Steinarbeiter vorhanden sind; den Kollegen wird dringend geraten, Arbeit nur unter Tarifbezahlung anzunehmen. Als Platzkassierer wurde August Pursche gewählt. Kollege Kranitz stellt den Antrag: dahin zu wirken, daß sämtliche im Betrieb beschäftigten Leute sich organisieren, erst dann kann Richtiges erreicht werden. Der Vorsitzende fordert nochmals alle Kollegen auf, mitzuarbeiten und den letzten Mann noch heranzuholen. Damit hatte die Versammlung ihr Ende erreicht.

Ströbel. Da gegen die am 10. Januar stattgefundene Generalversammlung von einigen Kollegen Protest eingelegt worden war, wodurch die Wahl des 1. Vorsitzenden beanstandet wurde, machte sich eine Neuwahl notwendig. Aus diesem Grunde wurde eine Mitgliederversammlung auf den 24. Januar einberufen. Gauleiter Kollege Senft war erschienen, um Einblick in die Streitigkeiten in der Zahlstelle zu nehmen. Der Vorsitzende Kollege Kroker gab den zahlreich erschienenen Kollegen die Tagesordnung bekannt: 1. Neuwahl des Gesamtvorstandes; 2. Bericht über die Lohnverhandlungen; 3. Gewerkschaftliches. Im Punkt 1 bittet der Vorsitzende die Kollegen, das eingebrachte Mißtrauen gegen ihn zu begründen. Kollege Tiller erklärt dazu, daß auf Grund der letzten Wahl eine weitere Begründung nicht notwendig sei. Der Vorsitzende erwidert, daß nur persönliche Gründe, sowie politische Sachen die betreffenden Kollegen veranlaßt haben, gegen ihn vorzugehen. Nachdem Nichtmitglieder von der Versammlung ausgeschlossen wurden, gibt der Gauleiter das Protestschreiben bekannt und erklärt, daß bei mehreren Vorschlägen geheime Abstimmung zu erfolgen hat. Gauleiter Kollege Senft wurde nun als Wahlleiter bestimmt und ihm zwei Beisitzer zur Seite gestellt. Während nun über den ersten Vorsitzenden, sowie über den Kassierer mit Stimmzetteln abgestimmt wird, wurde Kollege Thomas als Schriftführer durch Zuruf einstimmig wiedergewählt. Ebenfalls durch Zuruf wurden als Revisoren die Kollegen Joseph Klose, Paul Günther und Joseph Urban gewählt. In der Geheimabstimmung wurden als erster Vorsitzender Joseph Kretschmer und als Kassierer Klemens Reimann gewählt. Als zweiter Vorsitzender wurde Kollege Spielmann hinzugewählt. Gauleiter Kollege Senft spricht dem nicht wiedergewählten Vorsitzenden Kollegen Kroker den Dank aus für die bisher tatkräftig geleistete Arbeit. Dann gibt der Gauleiter das Ergebnis der Lohnverhandlungen sowie die weiteren Schritte, die nun unternommen werden müssen, bekannt. Die gegenwärtige Wirtschaftskrise behandelnd, führt er den Kollegen vor Augen, wie notwendig es sei, den letzten Mann heranzuholen und in der Beitragszahlung seine Pflicht zu erfüllen. Die Lohnstatistiken sind von den Kollegen alle Wochen genau aufzustellen, um etwaigen falschen Aufstellungen der Arbeitgeber zu begegnen. Er weist ferner auf die Konsumgenossenschaft und das Ineinandergreifen, Zusammenwirken der Organisationen hin. Partei, Gewerkschaft und Genossenschaft, dies ist die Dreieinigkeit. Auf die Debatte, die nun folgte, hebt der Gauleiter eingehend die Forderung für neueingesetzte Pflastersteinsorten hervor und streift noch die Hilfsarbeiterfrage. Der letzte Punkt 3 auf der Tagesordnung ist fast immer der, wo sich diejenigen Kollegen hervortun, welche sonst nie praktisch mitarbeiten und denken, ihrer Meinung durch Stören der Versammlung Ausdruck geben zu müssen, so daß in diesem Tagesordnungspunkte („Gewerkschaftliches") Positives sehr oft nicht erledigt werden kann. Das ist natürlich nicht angetan, neue Kollegen zu gewinnen. Disziplin, Kollegialität und zielbewußtes Arbeiten können uns nur vorwärtsbringen.

Breitenborn. Ein Rückblick auf das Jahr 1926 und der Anfang des Jahres 1927 gaben uns Veranlassung, zu den im Jahre 1926 von den Unternehmern im Bezirk Oberhessen vorgenommenen skandalösen Lohnabbau-Methoden Stellung zu nehmen. So kam es, daß das Haupttarifamt in Berlin im Oktober 1926 einen Lohnabbau von 6½ Prozent zustande brachte. Aber die Mitteldeutsche Hartsteinindustrie in Frankfurt a. M. konnte sich damit nicht zufrieden geben und diktierte einzelnen Gruppen von den Akkordsätzen einen Abbau bis zu 25 Prozent. Einsprüche gegen diesen unerhörten Lohnabbau von seiten der Arbeitsgruppen sowie des Betriebsrates waren erfolglos, und so ist es möglich, daß zirka 20 Prozent der Belegschaft unter dem Zeitlohn von 57 Pfg. und dem Akkordsollohn von 66 Pfg. arbeiten. Eine Auszahlung des Stundenlohnes sowie eine Regelung der zu niedrig festgesetzten Akkordsätze, wie im Reichsarbeitsvertrag vorgesehen, erfolgt überhaupt nicht mit der Begründung: „Die Leute arbeiten nichts!" Hört ihr es, Kollegen, als Faulenzer werdet ihr gestempelt, auch noch von solchen Personen, die überhaupt noch nichts Produktives geleistet haben, deren Hauptaufgabe ist, ihr Einkommen auf Kosten der Kollegen zu erhöhen. So kommt es, daß eine Anzahl Arbeiter bei 12- und 13tägiger Lohnperiode bei einem Vorschuß von 30 Mk. bei Lohnzahlung noch 3 bis 4 Mk. ausgezahlt bekommt. Ob die verantwortlichen Stellen der Mitteldeutschen Hartsteinindustrie dies für Recht erkennen, daß ein Teil der Steinarbeiter unter dem im Vertrag festgelegten Lohn arbeiten, während ein Teil der Angestellten neben ihren hohen Gehältern auch noch etliche hundert Mark Tantiemen erhält?

Die Belegschaft lehnt es ab, wenn einmal die trüben Wolken, die schon wochenlang über dem Betrieb hängen, zur Entladung kommen, dafür die Verantwortung zu übernehmen.

Zinhain. (Mangel an Aktivität.) Trotzdem die Gewerkschaftsbewegung auf dem Westerwald durch die Tätigkeit der zwei Bezirksleiter (Herrmanns und jetzt des Kollegen Wolf) gute Fortschritte zu verzeichnen hat, liegt noch manches im argen. Es herrscht vielfach die Auffassung unter den Kollegen, wenn sie ihre Beiträge entrichten, genug Kämpfer und Streiter für den Verband zu sein. Daß dem nicht so ist, beweist insbesondere der Betrieb Haman, wo nur beitragszahlende Mitglieder, aber keine Kämpfer für den Verband sind. Diese Kollegen müßten nun auch endlich zu der Erkenntnis kommen, daß es nicht allein genügt, am Biertisch und in Versammlungslokalen Phrasen zu dreschen, sondern im Betrieb dem Unternehmer und dessen Vertreter gegenüber etwas mehr Aktivität zu zeigen. Wenn man die Zusammensetzung der Belegschaft bei dieser Firma kennt, so muß man feststellen, daß auch der ehemalige Verbandsangestellte im Westerwald, Meutsch, ebenfalls durch Passivität auffällt. Es herrschen nun gerade in diesem Betriebe, wie sonst in keinem, die unsozialsten Verhältnisse. Es wäre nun Pflicht jener Verbandskollegen, der Firma klarzumachen, daß es nicht allein genügt, den Tarifvertrag anzuerkennen, sondern vor allem ihn auch zur Durchführung zu bringen, damit die Belegschaft endlich in den Genuß ihrer tariflichen Rechte kommt. Es würde zu weit führen, näher auf alle Einzelheiten und Mißstände, die in diesem Betrieb herrschen, einzugehen, möchte aber doch noch auf das dort bestehende Antreibersystem hinweisen. Es ist Pflicht der Belegschaft, sowie des Betriebsrats, hierin gründlich Aenderung zu schaffen.

Meißen II. Am 23. Januar 1927 fand in Bergers Restaurant in Klein-Zadel die Hauptversammlung der Zahlstelle statt. Tagesordnung: 1. Kassenbericht. 2. Wahl des Gesamtvorstandes. 3. Verschiedenes. Zu Punkt 1 verliest der Kassierer den Kassenbericht, den die Revisoren als in bester Ordnung befindlich anerkennen. Durch die Versammelten wird dem Kassierer Entlastung erteilt. Zu Punkt 2 werden die bisherigen Vorstandskollegen wiedergewählt, neugewählt wird Kollege Drechsler als Schriftführer. Zu Punkt 3 ergibt die Aussprache, daß es notwendig ist, die Betriebe unserer Zahlstelle daraufhin zu kontrollieren, ob in jedem Betrieb ein Obmann bzw. Betriebsrat vorhanden ist, und wieviel Kollegen organisiert sind. Auf Antrag werden hierfür die Kosten aus der Lokalkasse genehmigt. Anwesend waren leider nur 21 Mitglieder. Nach Schluß der Versammlung war noch gemütliches Beisammensein.

Alsenz. Generalversammlung am 23. Januar 1927. Es wurden folgende Kollegen in den Vorstand gewählt: als 1. Vorsitzender Theodor Kroll, als 2. Vorsitzender Otto Merkel, Kassierer Jakob Spuhler I, Schriftführer Wilhelm Brixius, Revisoren Heinrich Sinn und Wilhelm Bastian. Im ersten Punkt unserer Tagesordnung erstattete der Kassierer den Kassenbericht. Ihm wurde Entlastung erteilt. Im Verschiedenen brachte Kollege Karl Flohr die Anregung, die Kollegen mögen sich einmal zusammenfinden zu einem Zeichenzirkel, um die Kollegen in ihrem Beruf technisch weiter zu bilden, was auch von der Versammlung gutgeheißen wurde. Unter anderem machte der Kollege Otto Merkel auf die Einheitssprache (Esperanto) aufmerksam. Mit einem Appell des Vorsitzenden zum geschlossenen Ganzen für die gewerkschaftliche Bewegung schloß die gut besuchte Versammlung. (Bericht nicht auf zwei Seiten beschreiben. Red.)

Mittweida. Unsere Generalversammlung, die am 22. Januar im Volkshaus „Rosengarten" stattfand, beschäftigte sich mit folgender Tagesordnung: Jahresbericht des Vorsitzenden, Jahres- und Quartalsbericht des Kassierers, Neuwahlen, Kartellbericht und Verschiedenes. Der Vorsitzende, Kollege Kunze, berichtet ausführlich über die Vorkommnisse des vergangenen Jahres. Der Lohn hat sich im allgemeinen nicht verändert. Zwei Firmen versuchten wiederholt, neue Akkordpreise einzuführen; die Betriebsräte wurden dabei zum Teil übergangen. Der Firma Krebs sind die bestehenden Löhne viel zu hoch, was auf keinen Fall mit den erweiterten Beamtenpersonal übereinstimmt. Unsere Mitgliederzahl beträgt gegenwärtig 209. Am Jahresschluß hatten wir 20 Erwerbslose, die sich auf alle Betriebe verteilen. Für die streikenden schwedischen Kollegen wurden 500 Mark abgesandt. Den Kassenbericht gibt unser Kassierer, Emil Kappel; hieraus ersehen wir, daß eine ungewöhnliche hohe Zahl Kranker im vergangenen Jahre zu verzeichnen war. Die Debatte über beide Berichte war eine sehr rege. Kollege Vogelsang kritisiert, daß auch bei den Steinarbeitern eine „Rationalisierung" bestanden hat, die durch Ueberstundenschieben nur verstärkt wird. Derselbe Kollege stellt auch den Antrag: „Unser Redakteur, Genosse Siebold, hat nicht mehr das Vertrauen der Zahlstelle Mittweida und deshalb abzutreten." Dieser Antrag wird abgelehnt! Ein Antrag der Revisoren: Entlastung des Kassierers, wird einstimmig angenommen. Beim Punkt Wahlen wird der Vorsitzende, Kollege Kunze, fast einstimmig wiedergewählt; ebenfalls bleiben alle bisherigen Vorstandsmitglieder auf ihren Posten. Zu Punkt 3: Kartellbericht, erfahren wir, daß gerade dort, wo die meisten Ueberstunden geleistet werden, eine kommunistische Mehrheit besteht. In nächster Zeit finden verschiedene Kurse statt; eine rege Anteilnahme ist erwünscht. Wer gewillt ist, sich und seine Angehörigen zu versichern, tue dies nur bei der Volksfürsorge. Von zwei Büchern vom Kollegen Knoll vom ADGB. wird auf Antrag eins für die Arbeiter-Bibliothek, das andere für die Zahlstelle angeschafft.

Häslicht. Am 19. Januar 1927 fand im Gewerkschaftshaus zu Häslicht unsere Generalversammlung statt. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal; 2. Bericht über die Tarifamtssitzung in Breslau; 3. Vorstandswahl; 4. Verschiedenes. Zu Punkt 1 gab der Kassierer, Kollege Weis, die Abrechnung bekannt. Die Gesamteinnahme betrug 10 411.60 Mk., die Ausgabe 5579.99 Mk., bleibt Bestand 4831.67 Mk. Die Einnahme der örtlichen Krankenzuschußkasse betrug 8115.99 Mk., die Ausgabe 4316.15 Mk., bleibt Bestand 3799.84 Mk. Die Revisoren bestätigten die Richtigkeit beider Kassen. Der Mitgliederbestand betrug am Schluß des Quartals 1132. Zu Punkt 2 gab Kollege Senft einen ausführlichen Bericht über die Tarifamtssitzung, die über das jüngste Lohnabkommen verhandelte. Der unparteiische Vorsitzende fällte ohne die Stimmen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer folgenden Spruch: Diejenigen Arbeiter die dauernd und vorübergehend im Zeitlohn beschäftigt sind, erhalten 10 Prozent Zulage, zweitens gibt er den Parteien auf, über die Akkordlöhne baldige Verhandlungen einzuleiten. Dieser Spruch ist erstmalig kündbar am 31. März 1927. Kollege Senft gab der Versammlung seine Bedenken über diesen Spruch bekannt, empfahl aber seine Annahme. Die Versammlung stimmte den Ausführungen des Kollegen zu und nahm den Spruch einstimmig an. Zu Punkt 3 wurde der Gesamtvorstand auf Antrag wiedergewählt, auch die Revisoren Reich, Bänsch und Hielscher. Als Delegierte zum Ortsausschuß des ADGB. wurden die Kollegen Springer, Koch, Rohr, Vogt Otto, Neumann Paul und Haude Georg bestimmt. Im 4. Punkt wurde eine besondere und scharfe Kritik geübt über das Verhalten des früheren Kollegen und jetzigen Bruchmeisters Jakob, sowie über die miserable Bezahlung der Pflastersteinmacher bei der Firma Kramer, Bruch I.

Ückerath. Generalversammlung am 23. Januar 1927. Der Vorsitzende P. Stockhausen eröffnete diese mit der Tagesordnung: 1. Referat des Gauleiters Kollegen Braun; 2. Kassenbericht; 3. Neuwahl des Vorstands; 4. Verschiedenes. Der Kollege Braun hielt einen Vortrag über: „Sind die Gewerkschaften überflüssig?" Punkt 2. Der Kollege Gödtner gab den Kassenbericht; dieser wurde für richtig befunden. Kollege Braun nahm die Neuwahl des Vorstands vor. Es wurden gewählt: 1. Vors. Paul Gewildat, 2. Vors. Peter Assemacher, 1. Kass. Mathias Buchholz, 2. Kass. Peter Narres, Schriftf. Franz Alda, Beisitzer Johann Simon und Theodor Mölders, Revisoren: Peter Wertenbruch und Albert Gödtner. Es folgte noch eine längere Debatte. Es muß noch darauf hingewiesen werden, daß von den 57 Mitgliedern der Zahlstelle 20 zur Generalversammlung erschienen waren. Das Referat wäre für diese Kollegen gut angebracht gewesen.

Steinsetzer und Pflasterer.

Grünberg i. Schl. Am 16. Januar, nachmittags 2 Uhr, hielt unsere Zahlstelle ihre Generalversammlung ab. Tagesordnung: Verlesen des Protokolls, Abrechnung des 4. Quartals, Kartellbericht, Wahl des gesamten Vorstandes, Verschiedenes. Nachdem das Protokoll verlesen war, gab der Kassierer Kollege W. Thiel die Abrechnung vom letzten Quartal. Kasse und Bücher wurden von den Revisoren geprüft und in bester Ordnung befunden. Die Versammlung dankte dem Kassierer durch Erheben von den Plätzen. Ferner gab Kollege Thiel den Bericht von 1926 und begrüßte am Schlusse die beiden Jubilare Heinrich Kühn und Gustav Schwarz, die 25 und 30 Jahre treu zur Organisation gehalten haben. Die Versammlung ehrte diese Kollegen durch Erheben von den Plätzen. Die Zahlstelle kann in der Zusammenarbeit mit dem Gauleiter auf ein gutes Jahr zurückblicken. Der Gauleiter hat über 1000 Mk. rückständige Arbeitslöhne ausgeklagt. Im Punkt 3 der Tagesordnung gab Kollege Herdlitschke einen sehr umfangreichen Jahresbericht des Kartells. Die Neuwahl ergab: Vorsitzender und Kassierer W. Thiel, Stellvertreter H. Helbig, Kassiererstellvertreter Aug. Weinert, Schriftführer E. Riedel, Ersatz Rich. Schulz, Beisitzer Paul Franke und Emil Meisner, Revisoren Robert Lange und Artur Feind, Kartelldelegierte Herdlitschke, Weiser und Meisner. Gesellenausschuß H. Berthold. Unter Punkt „Verschiedenes" wurde ein Antrag eingebracht, der dem nächsten Verbandstage zugehen soll, auf Wiedereinführung der Legitimationskarte für ländliche Filialen, wie das vor dem Kriege bei den Steinsetzern bestanden hat. Denn unsere Kollegen werden immer wieder gezwungen, in fremde Zahlstellen überzutreten. Dadurch wird unsere Zahlstelle finanziell sehr geschwächt, und wir haben im Winter keinen Ueberblick, ob die Kollegen ihr Verbandsbuch noch in Ordnung haben. Auch entspann sich eine rege Debatte über die Lehrlingsfrage, da bei den hiesigen Firmen die Lehrlingszüchterei sehr überhand nimmt. Danach schloß die gut besuchte Versammlung.

Aschersleben. Unsere Jahresversammlung (die leider nicht so besucht war, wie es sein müßte) fand am 14. Januar statt. Gauleiter Göhre war anwesend, um wieder einige Streitfragen der Hilfsarbeiter der Firma Männeke zu klären. Leider sind wir mit unserer Gewerbegerichtsklage abgewiesen worden, da betreffende Arbeiten nach Ansicht des Aschersleben Gewerbegerichtsvorsitzenden Notstandsarbeiten sein sollen. Koll. Göhre gab einen Ueberblick über den Stand unserer Lohnverhandlungen, der mit regem Interesse verfolgt wurde. Die Neuwahlen des Vorstandes ergaben folgendes Resultat: Vorsitzender und Kassierer: Koll. Anton, Hilfskassierer: W. Starosta, Schriftführer: Karl Kahl, Revisoren: W. Grafenhorst und Karl Einbrodt. Die Abrechnungen des Jahres wurden für richtig befunden und der Kassierer entlastet. Die Mitgliederzahl ist im Jahre 1926 von 8 auf 28 gestiegen. Die rege Agitation hat Früchte getragen, was allerdings auch auf die gute Konjunktur mit zurückzuführen ist. Es erfolgten dann die Wahlen der Delegierten zur Bezirkskonferenz in Dessau, Fachgruppe Steinsetzer. Gewählt wurde Koll. E. Stuß. Als Delegierter zur Gaukonferenz Erfurt am 5. und 6. März 1927 wurde der wiedergewählte Vorsitzende Koll. P. Anton bestimmt. Unter Punkt Verschiedenes wurden noch einige Sachen über die Notstandsarbeiten vorgebracht und der Vorsitzende beauftragt, vom Ortsausschuß nachprüfen zu lassen, inwiefern die von der Firma Männeke, Aschersleben, auszuführenden Gleisanlagen und Pflasterarbeiten Notstandsarbeiten sind. Nachdem noch einige örtliche Angelegenheiten besprochen waren, erfolgte Schluß der Versammlung.

Waldenburg i. Schles. Generalversammlung am 29. Dezember 1926. Tagesordnung: 1. Protokoll und Jahresbericht; 2. Bericht von der Bezirkskonferenz; 3. Neuwahl des Gesamtvorstandes; 4. Jahresentschädigung für die Vorstandsmitglieder; 5. Verschiedenes. Protokoll und Jahresbericht wird vom Schriftführer verlesen und von der Versammlung genehmigt. Dann gab an Stelle des erkrankten Tarif- und Lohnvertreters der Schriftführer den Bericht von der am 19. Dezember 1926 im Volkshaus in Liegnitz stattgefundenen Bezirkskonferenz. In kurzen Zügen gab er den sehr interessanten Vortrag des Kollegen Linke vom Hauptvorstande wieder und ließ ihn ausklingen in den Worten des Vortragenden, gute und einwandfreie Arbeit sichert uns auf Jahre hinaus die beste Arbeitsmöglichkeit. Anschließend folgte dann der Bericht über die eigentliche Bezirkskonferenz. Die Aussprache darüber bewegte sich im Sinne des Berichtes. Die Versammlung war einmütig der Auffassung, dem bevorstehenden Tarifabschluß das größte Augenmerk zu widmen, damit auch im neuen Reichstarif unsere Rechte aufs beste verankert werden. Punkt 3, Neuwahl des Gesamtvorstandes, wurde kurz erledigt, indem der alte Gesamtvorstand für das neue Geschäftsjahr einstimmig wiedergewählt wurde. In der Jahresentschädigungsfrage für die Vorstandsmitglieder entschied sich die Versammlung für den Antrag des Kollegen Ludwig, der dem 1. Vorsitzenden 10 Mk., dem 2. Vorsitzenden 5 Mk. und dem Schriftführer 8 Mk. Jahresentschädigung zubilligte. Unter Punkt Verschiedenes wurde der Beschluß einer Bezirkskonfernez im vergangenen Jahre, wonach die Lokalgelder in der Heimatfiliale zu zahlen sind, einer scharfen Kritik unterzogen. Kollege Schwarzer beantragte, in der Fachzeitung dagegen Stellung zu nehmen. Die Kollegen waren der Auffassung, daß der diesjährige Verbandstag diese Frage klar regeln müsse. Die schnelle und reibungslose Abwicklung der Tagesordnung, sowie das Interesse der Kollegen an den einzelnen Fragen zeugen von einem guten Geist und regem Willen zur Gewerkschaftsarbeit. Der Vorsitzende fordert die Kollegen zu noch regerer Mitarbeit und zahlreichem Versammlungsbesuch auf. Um 9 Uhr wurde die gut besuchte Generalversammlung mit den Worten: „Vorwärts im neuen Jahr!" geschlossen.

Schwerin. Am 8. Januar d. J. fand unsere Generalversammlung statt mit folgender Tagesordnung: Vorstandswahl, Tarifangelegenheit, Verschiedenes. Bei der Wahl des Vorstandes entfiel die Wahl auf den Kollegen Herb. Baalhorn als 1. Vorsitzenden, als Kassierer der Kollege Gustav Bruse, als Schriftführer Kollege Burmeister, als Revisoren die Kollegen Karl Schild und Rudolf Nölting. Dann wurde der Tarif besprochen mit seinen Abänderungen. Unter „Verschiedenes" wurde die Wohlfahrtseinrichtung behandelt. Mit der Wahl des Vorstandes wollten sich einige Kollegen aber nicht zufrieden geben und reichten einen Protest beim Gauleiter, Kollegen Göckemeyer, ein. Der Gauleiter berief deshalb eine Extraversammlung am 25. Januar ein mit der Tagesordnung: Vorstandswahl, Wohlfahrtseinrichtung, Tariffragen, Kassenbericht. Der Gauleiter eröffnete die Versammlung und teilte mit, daß gegen die Wahl des Vorstandes am 8. Januar Protest erhoben worden sei; er stellte aber fest, daß die eigentlichen Urheber des Protests nicht anwesend waren. Es wurde nun durch Stimmzettel abgestimmt, ob der Protest von der Versammlung für berechtigt gehalten wurde. Während die Stimmen ausgezählt wurden, nahm die Tagesordnung ihren Fortgang. Zum 2. Punkt bemängelte der Gauleiter, daß sich einige Kollegen das Wohlfahrtsgeld auszahlen ließen, und wies auf die Rechtswidrigkeit der Auszahlung hin. Zum 3. Punkt gab ebenfalls der Gauleiter einen kurzen Bericht über den Abschluß des Reichstarifs; ein ausführlicher Bericht würde im „Steinarbeiter" erfolgen. Zum 4. Punkt wurde vom Kassierer, Kollegen Eschenburg, der Kassenbericht verlesen und für richtig befunden, worauf dem Kassierer auf Antrag Entlastung erteilt wurde. Es gab dann der Gauleiter bekannt, daß die Versammlung dem Protest zugestimmt habe. Nun wurde zur endgültigen Wahl geschritten. Es hatten zuvor noch einige Kollegen für die Gültigkeit der Wahl gesprochen, die am 8. Januar stattfand. Es wurden sodann gewählt: zum 1. Vorsitzenden Kollege Herbert Baalhorn, zum 2. Vorsitzenden Kollege Eichendorf sen., zum Kassierer Kollege Ernst Rickhoff, zum 1. Schriftführer Kollege Paul Rzanni, zum 2. Schriftführer Kollege Alb. Schmidt, zu Revisoren die Kollegen W. Bossow und Aug. Ciborowius. Kollege Göckemeyer wurde dann noch aufgefordert, öfter nach hier zu kommen, um die Verhältnisse bessern zu helfen. Die Kollegen wurden ermahnt, auch als Kollegen zusammenzustehen.

Rundschau.

Amerika will keine andere Blutmischung. In den Vereinigten Staaten wurde bekanntlich ein Einwanderungsausschuß eingesetzt, der den gesetzgebenden Körperschaften Vorschläge unterbreiten sollte, in welchem Maße die Einwanderung in das Gebiet der U.S.A. zu beschränken ist. Das Ergebnis ist für Deutschland nicht günstig. Der deutsche Anteil an der Gesamteinwanderung wird erheblich beschnitten. Dagegen wird der britische Anteil nicht unwesentlich hinaufgesetzt. Wenn wir die Hauptzuwanderungsländer herausgreifen, dann ergibt sich ab nächsten Jahres folgende Zusammensetzung der Einwanderer:

Ursprungsland	neue Regelung	bisher
England	73 039	34 007
Deutschland	23 428	51 227
Irland	13 862	28 567
Italien	6 051	3 845
Rußland	4 781	2 248
Frankreich	3 887	3 954
Schweden	3 259	9 561
Norwegen	2 267	6 453
Schweiz	1 198	2 081
Holland	2 421	1 648

Die Länder germanischer Rasse kommen bei dieser Regelung im allgemeinen schlecht weg. Hinfort wird die Hälfte aller Einwanderer aus England stammen. Dies soll angeblich der bisherigen Zuwanderermischung entsprechen. Von den in Amerika vorhandenen 95 Millionen Weißen sind 41 Millionen Uramerikaner und 54 Millionen werden als Zugewanderte betrachtet. Nordamerika will also in der Blutmischung so bleiben wie es heute ist. Es betrachtet sich als fertig. Das heutige Amerikanertum soll zukünftig etwas Endgültiges sein. Die Vereinigten Staaten können sich hinfort nicht nur rühmen die höchsten Zollmauern für Waren, sondern auch für Menschen zu besitzen. Die dort lebende Gattung Mensch will den vorhandenen Reichtum allein genießen. Ein Imperialismus nach innen, der allerdings in einer allgemeinen Verfettung enden kann.

Vorträge über Straßenbau zur Leipziger Technischen Frühjahrsmesse 1927. Während der Frühjahrsbaumesse 1927 werden von einer Reihe von Straßenbaufirmen Vorträge über das Gebiet des Straßenbaues usw. unter Verwendung von Lichtbildern und Filmen geboten werden, und zwar Mittwoch, den 9. März. Der Vorsitz dieser Vortragsreihe liegt in Händen des Geheimen Regierungsrats Professor Dr.-Ing. Brix, Charlottenburg, und des Ministerialrats Dr.-Ing. Speck, Dresden.

Die Ursachen des Gartzer Brückeneinsturzes — von der wir seinerzeit Notiz nahmen — wird jetzt von der bauausführenden Firma, der Allgemeinen Bau-A.-G. Berlin durch WTB. eine Mitteilung übersandt, in der es u. a. heißt: Der Einsturz ist einzig und allein auf eine Zersetzung des Betons im untersten, im tiefen Wasser liegenden Teil des zerstörten Strompfeilers zurückzuführen. Dieser Zersetzung des Betons wurde, wie die von verschiedenen Sachverständigen vorgenommenen Untersuchungen ergeben haben, veranlaßt durch eine zufällige chemische Veränderung des Baugrundwassers, die ihre Ursachen in den katastrophalen Hochwässern des vergangenen Jahres hatte. Wie stark diese Veränderung gewesen sein muß, geht beispielsweise daraus hervor, daß in dem Baujahre zum ersten Male im Oderlauf als Folge der außergewöhnlichen Hochwässer ein allgemeines Fischsterben einsetzte, so daß sich die Regierung veranlaßt sah, zur Untersuchung der Verhältnisse einen besonderen Sachverständigen in das betroffene Gebiet zu entsenden. Die von diesem Sachverständigen gemachten Feststellungen decken sich mit den Ergebnissen der Untersuchungen der Ursache des Brückeneinsturzes.

Da muß schon eine nähere Erklärung über die „zufällige chemische Veränderung des Baugrundwassers" zur öffentlichen Kenntnis kommen, vorläufig ist die Feststellung jedoch recht unglaubwürdig und dunkel.

Erst behördliche, jetzt private Zwangswirtschaft. Gegen die Zwangswirtschaft des Wohnungswesens wird seit langem von den rückschrittlichen Elementen aller Schattierungen Sturm gelaufen. Diese unentwegte Agitation hatte wahrscheinlich dem Preußischen Wohlfahrtsminister dazu bewogen, die Zwangswirtschaft wenigstens bei den gewerblichen Räumen aufzuheben. Die Auswirkung dieser Maßnahme hat nicht lange auf sich warten lassen. Die Mieten für diese Räume schnellten rasch in die Höhe, es regnete Kündigungen, kurzum die Mieter der gewerblichen Räume waren mit einem Male in den Taumel einer lebhaften Unruhe versetzt. Das führt nun dazu, daß die enttäuschten Mieter in wildbewegten Protestversammlungen ihren Herzen Luft machen. Das eigentümliche bei der Geschichte ist, daß die heute Protestierenden nicht ganz unschuldig daran sind, weil sie parteipolitisch wenigstens mit den Haus- und Grundbesitzern in gleicher Front stehen. Die sogenannten Mittelstandsparteien sind in den letzten Jahren mächtig gewachsen, die wüste Agitation hatte also ihre Früchte getragen. — Praktisch versucht man diesen Streit zwischen den Mittelständlern durch die Schaffung von Ausgleichsstellen zu beseitigen. Mieter- und Vermieterorganisationen sollen auf Grund einer Verordnung des Preußischen Wohlfahrtsministers Ausgleichsstellen schaffen. Diese sollen von je einem Beisitzer der streitenden Parteien besetzt werden. Bei Nichteinigung soll unter dem Vorsitz eines von den Verbänden gemeinsam gewählten Obmannes ein Schiedsspruch gefällt werden. Es ist nicht zu verkennen, daß diese freiwillige Schiedsgerichtsbarkeit gegenüber dem vollständig freien Vertragszustand Vorteile gewährt. Aber von einer Freiheit kann doch unseres Erachtens nicht gesprochen werden. An Stelle der behördlichen Zwangswirtschaft ist lediglich eine private getreten, die von den Haus- und Grundbesitzern oder von den Organisationen ausgeübt wird.

Die Normung und Typisierung im Baugewerbe. Ueber den Fortschritt der Normung und Typisierung im Baugewerbe lesen wir im Jahresbericht der Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main: „Die Normung und Typisierung hat auch im Bauwesen trotz der großen Schwierigkeiten, die aus der eigenartigen Struktur des Gewerbes erwachsen, erhebliche Fortschritte gemacht. Dies gilt nicht nur von der Bauwirtschaft, wo neben Maßnormungen bei den Baumaterialien die bessere und zweckmäßigere Verwertung der vorhandenen und neu aufgekommenen Baustoffe angestrebt und durchgeführt wird, sondern auch von den Methoden des Bauens, die sich aus der Anwendung von neuzeitlichen Maschinen ergeben. Die Planung der Baugewerke (namentlich auf dem Gebiete des Wohnungsbaues) wird mehr und mehr von den genormten Baubestandteilen wie Fenstern, Türen usw. und den neuen Bauausführungsweisen beeinflußt. Gerade in Frankfurt a. M. sind in dieser Hinsicht sehr bemerkenswerte Fortschritte gemacht worden; sie wurden auch seitens der Stadtverwaltung wesentlich dadurch gefördert, daß die Bevorschussung von Bauvorhaben, welche Typengrundrisse und Normenmaterialien aufzeigen, in bevorzugter Weise erfolgte."

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Die Herausgabe eines neuen Adressenverzeichnisses vom Verbandsvorstand erfordert schleunige Angabe aller noch nicht im „Steinarbeiter" veröffentlichten Adressenänderungen. Nach dem 28. Februar einlaufende Aenderungen können nicht mehr berücksichtigt werden.

*

Folgende Zahlstellen haben bis zum 16. Februar 1927 die Abrechnung vom 4. Quartal noch nicht eingesandt:

2. Gau: Forst, Köslitz.
3. Gau: Lauter im Erzgebirge.
4. Gau: Holenberg, Landsberg/Halle, Schönebeck, Süplingen, Weimar.
5. Gau: Herford, Horstmar, Paderborn.
6. Gau: Blasiwald, Tiefenstein, Schwarzerden.
7. Gau: Kronach, Welitsch, Haselberg, Schauberg.
9. Gau: Atzlar, Holzheim, Lauterbach, Queckborn, Weilers, Kirn.

Bekanntmachungen der Zahlstellen und Gauleitungen.

1. Gau (Nordwest). Am Sonnabend, dem 5., und Sonntag, dem 6. März 1927, ist im Gewerkschaftshause in Hamburg, Besenbinderhof 57, unsre Gaukonferenz, beginnend am Sonnabend, dem 5. März, nachmittags 2 Uhr. Alle Delegierte können bis zu dieser Zeit eintreffen. Am Sonntag, dem 6. März, beginnt die Konferenz um 9 Uhr morgens. Vorläufige Tagesordnung ist: 1. Bericht des Gauleiters. 2. Stellungnahme zum Verbandstag. 3. Fachgruppenangelegenheiten.

Wie den Zahlstellen schon durch Rundschreiben vom 2. Februar d. J. mitgeteilt ist, müssen Anträge bis zum 28. Februar bei mir eingesandt werden. — Die Kollegen, die Logis wünschen, müssen mir dieses ebenfalls bis zum 28. Februar mitteilen. — Bis 5. März dürften die schwebenden Tarifverhandlungen usw. so weit gediehen sein, daß auf der Gaukonferenz ein eingehender Bericht gegeben werden kann. Es ist deshalb erwünscht, daß aus den einzelnen Zahlstellen möglichst ein Vertreter von jeder Fachgruppe vertreten ist; hierdurch werden die besonderen Bezirkskonferenzen überflüssig.

Die Gauleitung. J. A.: August Göckemeyer.

Nürnberg. Das Mitgliedsbuch Nr. 57 365 wurde dem Kollegen Peter Gaißler, Steinbrecher, auf der Baustelle entwendet. Darum Obacht, Unterstützungsauszahler! Buch ist ungültig!

Triebendorf. An Sammelgeldern für den schwerverletzten Kollegen Albert Mauton in Wiesau gingen 44.22 Mark ein. Im Namen des Verunglückten allen Gebern herzlichen Dank.

Die Verwaltung. J. A.: Süß, Kassierer.

Adressenänderungen.

1. Gau NW. **Friedland.** Vors.: Joh. Urbanek, Mühlenstr. 80 — **Rotenburg** i. Hannover. Vors.: Fritz Diers, Ahausen b. Rotenburg. Kass.: Heinr. Böhling, Unterstedt b. Rotenburg. — **Aurich.** Vors.: Folkert, Cirecnastraße. Kass.: Fritz Janssen, Walle 117.
5. Gau **Herne.** Kass.: Andreas Werner, Bismarckstr. 85. — **Wiehl.** Vors.: Karl Kuhn, Hübender b. Wiehl. Kass.: Hermann Hensel, Bomig b. Dieringhausen.
7. Gau **Weidenberg.** Vors.: Friedrich Schiller, Haus Nr. 221.

Briefkasten.

Als Antwort auf das Inserat in Nr. 5 (Beucha) teilt uns der Kollege Hans Lein an die Adresse der Neugierigen mit: In der Neujahrskiste waren lauter Schaufelstiele, diese können bei ihm abgeholt werden in Beucha, Bahnhofstraße.

Anzeigen

Cöpenick. Unsere nächste **Mitgliederversammlung** findet am **Sonntag, dem 20. Februar,** vormittags 10 Uhr, bei Waldow, Cöpenick, statt. Wichtige Tagesordnung, kein Kollege darf fehlen.
I. A.: R. Krahl.

Saarmund-Caputh-Potsdam. Am **Sonntag, dem 20. Februar,** vormittags 9 Uhr, findet bei Prast, Potsdam, Kaiser-Wilhelm-Straße 38, eine **Kombinierte Versammlung** oben benannter Bezirke statt. Jeder Kollege muß zu dieser Versammlung erscheinen. I. A.: O. Wegener.

Berlin. Alabasterarbeiter (Leuchtschalenbranche)
Am Freitag, dem 18. Februar, nachmittags 5 Uhr, findet im Saal 3 des Gewerkschaftshauses eine **Versammlung** der Alabasterarbeiter statt. Tagesordnung: 1. Jahresbericht. 2. Neuwahl der Branchenleitung. 3. Verschiedenes. Vorkommnisse in letzter Zeit machen es jedem Kollegen zur Pflicht, pünktlich zu erscheinen. Die Ortsverwaltung. I. A.: H. Engelhardt.

Berlin. Gruppe Steinschläger.
Die fällige **Monatsversammlung** findet am Sonntag, dem 20. Februar, vormittags 10 Uhr, im Lokal von Sachse, Lindower Straße, statt.
Die Ortsverwaltung. I. A.: R. Herfurth.

Berlin. Steinsetzer und Berufsgenossen der Zahlstelle Groß-Berlin.
Am Sonntag, dem 27. Februar, vormittags 10 Uhr, findet in den Musikersälen, Kaiser-Wilhelm-Str. 31, eine **Vollversammlung** aller in der Zahlstelle Groß-Berlin organisierten Steinsetzer und Berufsgenossen statt. Tagesordnung: **Wohlfahrtseinrichtung.** Wegen der Wichtigkeit dieser Frage erwarten wir, daß die Kollegen rege Propaganda machen und vollzählig erscheinen.
Die Ortsverwaltung. I. A.: Kiaulehn.

Ich suche zum baldigen Eintritt
2 Granitsteinmetzen auf deutsche und schwedische Granite
2 Granitschleifer für Hand und Maschine
1 Mann zum Bedienen der Trennsäge **1 Werkzeugschmied**
Es wollen sich nur **erste Kräfte** melden, die vollkommen selbständig arbeiten und nur sauberste Arbeit liefern
Es handelt sich um dauernde Sommer- und Winterbeschäftigung
M. Jacobowitz, Inh. B. Mahler, Marmor- und Granitwerk Gleiwitz (Oberschlesien), Kreidestr. 15

Schleifer
für **Maschine** und **Hand** auf **schwedische Granite sofort gesucht.** Angebote mit Lohnforderung an
Viktor Schmah, Crossen a. O.

Suche Stellung als
Werkzeug-Schmied
bin auch erfahren im Schärfen von **Preßluftwerkzeugen.** Angebote befördert unter „Preßluft" die Schriftleitung des „Steinarbeiter."

Pflasterhämmer
aus bestem Schweißstahl
Rammen, Brechstangen
und sämtliche Werkzeuge für den Straßenbau liefert auch nach außerhalb
Otto Teske, Berlin N 31
Brunnenstraße 82

Pflasterhämmer
sowie sämtliche Werkzeuge für Straßenbau und Steinschlag.
Franz Mager sen., Inh. Reinhold Mager Berlin N. 20, Hochstraße 19.

Gestorben.

(Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion.)

In **Stade** am 10. Januar der Steinsetzer Karl Hoops, 50 Jahre alt (schied freiwillig aus dem Leben).

In **Strehlen** am 29. Januar der Brecher Wilhelm Willimek, 65 Jahre alt, Lungentuberkulose (72 Wochen arbeitsunfähig).

In **Crummendorf** am 30. Januar der Schieferarbeiter Karl Katscher, 45 Jahre alt, Lungenerkrankung (acht Monate krank).

In **Berlin** am 1. Februar der Steinsetzer Karl Brika, 74 Jahre alt, Altersschwäche.

Ehre ihrem Andenken!

Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.
Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold, Verlag: Ernst Winckler, beide in Leipzig.

Aus der Steinindustrie.

Einzelne Unternehmer in der Steinindustrie und ihre Organisations-Geschäftsführer oder Syndizi benutzen oft die ihnen organisatorisch nahestehenden oder organisatorisch eingeordneten Fachzeitschriften, um ihrem Herzen Luft zu machen. Einmal ist es die Steuerbelastung, dann wieder Zoll- und Frachtenfragen, auch mal Seufzer über die schlechte Lage einzelner Gruppen in der Steinindustrie oder diese insgesamt. Mancher dieser Artikelschreiber versteift sich nur auf die Gegenwart, weil er die Zukunft sieht schwarz in schwarz. Hin und wieder wird auch so eine Art Prophet herausgekehrt, und merkwürdig dabei ist, das dessen Prophezeien sich fast immer nur auf das Verhalten der Arbeiterschaft in der Steinindustrie erstreckt. Der dann so allerhand Lehren gegeben werden in der Vertretung der Betriebsinteressen und ihrer eigenen. Das ist allerdings seit Bestehen der Arbeiterbewegung ein schon ziemlich abgegrastes Feld, auf dem nur noch recht wenige Halme kümmerlich sprießen. Das gegenwärtige Verhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern scheint demnach manchem nicht zu gefallen, und aufrichtig gesagt, auch uns gefällt es durchaus nicht. Während nun jene dem früheren patriarchalischen Verhältnis nachjammern und seine Wiederkehr erhoffen, wollen wir ein durchaus ehrliches Verhältnis in der Bewertung der Arbeitskraft und ihre möglichst gute Erhaltung, worauf wir weiter unten noch zurückkommen.

In anderen Artikeln in den genannten Zeitschriften kehrt regelmäßig, wie das Mädchen aus der Fremde, eine recht unangebrachte Provozierung wieder, die ähnlich schon mehr wie einmal an dieser Stelle zurückgewiesen wurde. Es ist fast immer derselbe Artikelschreiber, nämlich Herr Dr. Ing. Steinlein, der solche Provozierungen anscheinend sehr liebt. Nebenbei bemerkt, hat er neuerdings von der bekannten alljährlichen bayrischen Titelverteilung, entgegen der Reichsverfassung, sogar etwas abbekommen; sein Name ist dadurch noch mehr in die Breite gegangen. Jetzt: Landesbaurat Dr. Ing. G. St.! Den neuen Titel gönnen wir dem Herrn natürlich gern, geben uns aber nicht der Hoffnung hin, daß dadurch die Einsicht größer oder tiefer wird und damit die kleinliche Boshaftigkeit künftig verschwindet. Eher wird wohl das Gegenteil durch noch herausfordernde Spreizigkeit eintreten. Diese werden wir wohl dann und wann — immer wenn es uns angebracht scheint — im „Steinarbeiter" annageln müssen. So auch diesmal!

Im „Steinbildhauer" Nr. 1 vom 1. Januar 1927 steht ein Artikel „Rückblick und Ausblick" von Dr. Ing. G. St., damals noch nicht „Landesbaurat". Was in diesem Artikel grundsätzlich vorgetragen wird, verrät jedem Nichtleser des „Steinbildhauer" der zusammenfassende Schlußsatz, der folgenden Wortlaut hat:

„Es ist vielleicht ein Glück, daß das arbeitende Volk nicht weiß, wieviel Milliarden jährlich an die Beamten der Wohnungsämter, verbunden mit den Schlichtungsämtern, an die Beamten der Erwerbslosenfürsorge usw. bezahlt werden müssen; dazu kommen noch die Gehälter von zahllosen Gewerkschaftsbeamten, ferner die politischen Beamten, die immer noch einen Fachmann neben sich haben müssen, da sie in der Regel von ihrem Beruf nichts verstehen. Für alle diese wäre ein Abbau dringend notwendig, denn sie saugen das letzte Mark aus dem ohnedies schon geschwächten Wirtschaftskörper. Solange hier nichts geschieht, solange wir so viele Drohnen zu ernähren haben, ist an eine Besserung unserer Wirtschaft nicht zu denken."

Immer dasselbe Lied! Schade eigentlich, daß dieses Wirtschaftsgenie mit dem neuen Titel „Landesbaurat" noch von keiner speziell bayrischen politischen Partei entdeckt wurde, um irgendwo in regierungsverantwortlicher Stelle seinen Reformeifer wirken zu lassen. Vielleicht wird das noch! Ja, die „Gewerkschaftsbeamten", die haben es schon manchem angetan. Dazu mag uns die schüchterne Frage erlaubt sein: „Wie schätzt der Herr Landesbaurat und Dr. Ing. denn die Geschäftsführer und Syndizi der Unternehmerverbände ein? Zählen die auch zu den „vielen Drohnen", die „wir" zu ernähren haben, oder macht er hier eine Scheidung zwischen notwendige und überflüssige „Drohnen"? Vielleicht ist der Herr Dr. Ing. gar über den Begriff nicht ganz klar, denn wirkliche Drohnen sind vor allem viele 1., 2. und 3. Direktoren von Aktiengesellschaften usw., die ökonomisch verflucht wenig praktische Arbeit leisten und denen die vielen zehntausend Mark im Jahr hinten und vorn direkt hineingestopft werden. Die anstrengendste Tätigkeit dieser geldgefräßigen Mitesser eines Betriebes besteht jeden Morgen nur darin, daß sie sich die bestgebügelte Hose, das weißeste Hemd und die modernste Krawatte heraussuchen; dann bringt ein Auto sie an Ort und Stelle ihres Direktorensessels. Das sind wirkliche Drohnen, Herr Landesbaurat, sind solche, die der Wirtschaft das Geld entziehen und für die schwer geplagte Arbeiter sich schinden müssen! In der Steinindustrie Deutschlands gibt es solche wirkliche Drohnen genug. Vielleicht nehmen wir noch einmal Gelegenheit, sie der staunenden Umwelt mit ihrem fürstlichen Einkommen vorzuführen. Und das alles in dem „ohnedies schon geschwächten Wirtschaftskörper". Das letztere ist überhaupt ein sehr dehnbarer Begriff, den man sehr leicht vor das Loch schieben kann, wenn allzu deutlich die gewollte Bosheit, in Demagogie eingewickelt, herausguckt; denn die Frage, ob der neue Landesbaurat schon jemals zu den „Gehältern von zahllosen Gewerkschaftsbeamten" sein Scherflein direkt oder indirekt beigetragen hat, wird den Dr. Ing. doch in Verlegenheit bringen. Darum ist seine „volkswirtschaftliche" Betrachtung weiter nichts wie ein ganz elender Schmus, diktiert von der Verärgerung, daß die Arbeiterbewegung durch Freistellung besoldeter Kräfte sich immer mehr Einfluß verschafft. Wir freuen uns dessen!

*

Für heute wollen wir noch einen Artikelschreiber erwähnen, der unter dem Pheudonym „Spectator" — das heißt soviel wie Zuschauer oder Beobachter — hin und wieder ausländische Vorgänge bringt, die er dann in Vergleich zu stellen beliebt zu Verhältnissen in der deutschen Steinindustrie. Dieser Artikelschreiber ist uns wohl bekannt, und weil wir auch seinen Betrieb und seinen Niederlassungsort kennen, macht es uns nun eine ganz besondere Freude, dem Artikel in Nr. 4 des „Deutschen Steinbildhauers" auf den Grund zu gehen. Das Pseudonym des betreffenden Herrn zu lüften, wäre nicht fair, deshalb unterlassen wir das. Unter der Ueberschrift: „Es war einmal . . ." wird ein begreifliches Klagelied angestimmt über das längst geschwundene patriarchalische Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter. „Die Mehrwert-Theorie" wird dafür verantwortlich gemacht, und Spectator kann sich noch sehr gut erinnern von früher:

„Wie die Fabrikherren" regelmäßig auf dem jährlichen „Steinhauerball" erschienen, dort fröhlich unter Fröhlichen saßen und bei heiterem Wort und herzlichem Trunk aushielten, bis der graue Dämmerschein des Sonntagsmorgens durch die Fenster zum Aufbruch mahnte."

Das ist gewiß sehr gefühlvoll, und wenn es wirklich ehrlich und aufrichtig gemeint ist, kann kein vernünftiger Mensch etwas dagegen haben, denn es war früher fast allgemein so in allen Erwerbszweigen. Aber für die Entwicklung des eigenen Denkens ist es tatsächlich gut, daß die Arbeiter doch eingesehen haben, mit derartigen Veranstaltungen und Einladungen ihre Lage um kein Jota verbessern zu können. Unsere Verbandsmitglieder im Reiche und besonders im Fichtelgebirge wird es gewiß interessieren, wenn wir auch die Fortsetzung von den oben zitierten Gefühlsäußerungen bringen:

„Im Betrieb herrschte damals ein williges, harmonisches Zusammenwirken, ein erfreuliches Sichverstehen und ein gegenseitiges Sichhelfen, das für beide Teile von gleichem Vorteil war. Wenn sich heute unsere älteren Granitarbeiter an jene Zeit zurückerinnern und prüfend und abwägend die Gegenwart an das Damals halten, so werden sie — wenn sie ehrlich und aufrichtig sich selbst gegenüber sind — zugeben, daß sie zu jener Zeit ein viel geruhigeres und zufriedeneres Leben führten und daß sie sich (trotz der „Hungerlöhne") auch finanziell weit besser gestanden haben als heute. Im Fichtelgebirge z. B. war der „Steinhauer" der bestbezahlte Arbeiter weit und breit, und es galt als Ehre und Vorzug, diesem Beruf anzugehören."

Nun folgt die bereits erwähnte Anklage, daß mit der „Mehrwert-Theorie" dieses schöne Verhältnis zerstört wurde und der Absatz im Artikel schließt:

„Auch ich bin fest überzeugt, daß so mancher ältere Arbeiter, wenn er in stiller Stunde diese goldenen Versprechungen mit dem wirklich „Erreichten" vergleicht, mit bitterer Wehmut an die „alte Zeit" zurückdenkt und er lieber heute als morgen wieder das „blinde Ausbeutungsobjekt" von ehedem sein möchte, als der „befreite" klassenbewußte Arbeiter von heute."

Nee! Herr Spectator, die Zeit kommt gewiß nicht wieder, dann müßte ja die industrielle Entwicklung zurückgeschraubt werden. Sie glauben daran? Gut, tun Sie das, denn der Glaube soll ja Berge versetzen. Wir glauben ja auch an eine kommende andere Zeit. Nicht die alte wird wiederkommen, sondern eine neue, viel bessere Zeit wie die heutige. Eine solche Zeit, in der der Granitarbeiter einen Lohn bekommt, der ihm wirklich ein menschenwürdiges Leben garantiert. Heute ist es doch so: Da bekommt beispielsweise der 1. Direktor eines Granitwerkes im Fichtelgebirge zirka 45 000 Mark im Jahre und der beste Steinhauer im Werk verdient 30 bis 40 Mark in der Woche, ein Hilfsarbeiter 25 bis 28 Mark und der Direktor demnach beinahe 900 Mark in der Woche. Das alles von Rechts wegen in dieser unseligen Zeit der „Mehrwert-Theorie"! Wenn solche schreienden Verhältnisse bestehen, dann ist es schon erklärlich, wenn deren Nutznießer gegen diese ungemütliche Theorie anrennen, um Drohendes für den dreimal heiligen Profit abzubiegen, und nun das alte patriarchalische Arbeitsverhältnis wieder herbeiwünschen. Das wird auch dem begriffsstutzigsten Granitarbeiter erklärlich sein. Mit Nachdruck muß auch bemerkt werden, daß die früheren Meister der „guten alten Zeit" keine solchen „Wochenlöhne" für sich aufwiesen wie heute ein einzelner Direktor. Doch reden wir nicht mehr darüber! Jeder Kollege kann den Faden leicht selbst weiterspinnen bis zum richtigen Schluß.

„Spectator" braucht aber die vorstehend glossierte Einleitung, um folgenden Festbericht amerikanischer Granitarbeiter in Barre (Nordamerika) an den Mann zu bringen:

„Ein liebliches, herzerfreuendes Bild läßt der Berichterstatter (der Vorsitzende der Zahlstelle in Barre) vor unseren Augen entstehen, eine Schilderung, die wert wäre, im vollständigen Wortlaut hier zu erscheinen, wenn dies der Raum gestatten würde.

Alle Granitbetriebe des Distrikts waren an diesem Tage (26. Juli) geschlossen, und Unternehmer, Angestellte und Arbeiter — mehr als 3000 Personen — waren zu dieser Jahresfeier der Granitindustrie lückenlos erschienen. Essen und Trinken war völlig frei; die Kosten hierfür waren aufgebracht worden durch eine 50-Cent-Wochensammlung der Arbeiter und durch Zuzahlung der Arbeitgeber, die für jeden in ihrem Betriebe beschäftigten Arbeiter ebenfalls 50 Cent beischossen. Ein Baseball-Spiel zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern (man denke sich dies bei uns!!) endete bei 1 : 2 mit dem Sieg der letzteren. Findige Geschäftsleute benutzten die Gelegenheit, um — vollständig gratis — ihre Produkte als besonders empfehlenswert auszuteilen, so Kaffee, Zucker und Milch. 9600 Flaschen Sodawasser wurden getrunken und 100 Gallonen Eiscreme vertilgt; auch für Tanzgelegenheit war in ausgiebigem Maße gesorgt. Zum Fest war auch Mr. Sam Squibb erschienen, der „Präsident des Internationalen (? Red. des „Steinarbeiter".) Granitsteinmetzenverbandes", der noch am Vormittag, so en passant, mit einer alten und bedeutenden Granitfirma in Barre einen Tarif abgeschlossen hatte.

Im Laufe der Veranstaltung wurden vier Ansprachen gehalten, die sämtlich auf den Grundton abgestimmt waren: ehrliches Spiel und inniges, vollständiges Zusammenarbeiten zwischen Unternehmern und Arbeitern, „um die Harmonie in der Granitindustrie sicherzustellen". Als erster Sprecher trat ein Herr Jones auf, der an einer anderen Stelle der Gewerkschaftszeitung „der größte Denkmalsfabrikant der Welt" genannt wird und der insbesondere darauf hinwies, wie rasch und wie glatt seit Einführung der neuen Organisation die Verhandlungen sich abwickeln. Früher, so meinte er, saßen die Verhandelnden tagelang um einen Verhandlungstisch, gegenseitig von Mißtrauen erfüllt und sich ständig Prügel zwischen die Beine werfend, so daß das Resultat dieser langwierigen Sitzungen nie so ausfiel, wie es hätte sein sollen. Heute dagegen ist dies ein ganz ander Ding, sagt Mr. Jones, und beim letzten Tarifabschluß beispielsweise sei durch die Aufrichtigkeit und Ehrlichkeit der sämtlichen Verhandlungsteilnehmer in einigen Minuten das gleiche erreicht worden, wozu man früher monatelang in schwerer Arbeit sich abmühte. Fast ein Jahr vor Ablauf des abgeschlossenen Vertrages wurde er für weitere drei Jahre erneuert. „Wenn einer unserer Altvorderen aus seinem Grabe steigen und von diesem Uebereinkommen hören und dann die 3000 und mehr Leute, die heute hier in Eintracht versammelt sind, sehen würde, der müßte denken, daß das tausendjährige Reich Christi gekommen sei!" Mr. Jones gibt dann seiner hohen Achtung und seiner großen Wertschätzung gegenüber der Person des Gewerkschaftspräsidenten Mr. Squibb beredten Ausdruck; er könne diesen Herrn nur in jeder Weise als „fair" bezeichnen, und er verdiene von beiden Seiten vollstes Vertrauen. Mr. Jones schließt mit den Worten: „Ich gratuliere, daß mit diesem Geist in unseren Herzen wir nicht nur eine erfolgreiche Industrie haben werden, sondern auch eine friedvolle!" Nach diesem Granitkönig sprach Gewerkschaftspräsident Mr. Squibb, der eingangs seiner Rede darauf hinweist, daß die neue Organisation notwendig war, um ein anständiges Verhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern herzustellen. Viele Arbeitgeber dünkten sich in früheren Zeiten wie Könige, die meinten, aus göttlichem Recht regieren zu können; doch ist dieser falsche Glaube längst verschwunden. „Für die Arbeiter ist es aber im gleichen Grade unrecht, in ihren Forderungen gegenüber den Arbeitgebern unvernünftig zu sein!", ruft der erste Führer der amerikanischen Granitarbeiter seinen Genossen zu. Und in diesem Zusammenhange erwähnt er eine Verhandlung in früheren Tagen, wo die Arbeiter nur deswegen nicht nachgeben wollten, weil sie auf ihre Macht pochten, und er verwirft ein solches Vorgehen das ja jetzt überwunden sei, als unrecht und unvernünftig. Später sagt er noch: „Vollkommene Organisation unserer Industrie und innigstes Zusammenarbeiten sind die zwei Ideale, die allein eine gute Zukunft verheißen." Mr. Squibb schließt seine mit stürmischem Beifall aufgenommene Rede: „Beide, Arbeiter und Unternehmer müssen ihr äußerstes hergeben, um das soziale, intellektuelle und moralische Wohl eines jeden einzelnen zu heben, der mit der Granitindustrie in Zusammenhang steht."

Nun fügt Spectator dem Bericht weiter hinzu:

„Sind das nicht goldene Worte aus dem Munde eines der bedeutendsten amerikanischen Arbeiterführer? Solche Sprache klingt uns deutschen Granitindustriellen wie ein schönes Märchen aus einem Zauberland, wie ein Echo aus versunkenen Zeiten tönt sie zu uns herauf. Wenn wir auch wissen, daß der deutsche Granitarbeiter nach Verlauf einer Generation auf dem gleichen Standpunkte stehn wird wie sein amerikanischer Kollege schon heute, so können wir doch nur von Herzen bedauern, daß gerade wir, unsere Zeit und unsere Generation, es sein müssen, die dieses schwere Uebergangsringen, dieses schauerliche Fieber, durchzumachen und auszuhalten haben."

Wir haben den Bericht ausführlich wiedergegeben; einmal, damit ihn unsere Kollegen auch lesen, denn es ist immer anregend, aus anderem Lande mit anderen Verhältnissen zu hören. Ferner haben wir auch deshalb den Bericht abgedruckt, damit uns nicht der Vorwurf gemacht wird, wir hätten irgend etwas vorzuenthalten. Doch was lehrt der Bericht? Läßt er etwa die Jammerei über das geschwundene frühere patriarchalische Verhältnis begründet erscheinen? Uns dünkt mitnichten! Drüben sind andere Verhältnisse, gewiß, und wir wissen von eigenen Kollegen, die drüben am Stein schaffen, daß sie stramm arbeiten müssen. Sie arbeiten jedoch körperlich nicht schwerer wie hierzulande, wahrscheinlich aber bringen sie mehr fertig, und das liegt an den dortigen Betriebseinrichtungen: bessere Arbeitsteilung, bessere Maschinen, und dann an der ganz anderen Bewertung der Arbeitskraft. Das weiß auch der Artikelschreiber „Spectator", aber diese Hauptsache wird umgangen, wie die Katze den heißen Brei umgeht. Die Jammerei um die vergangene Zeit mit „Steinhauerball" unter Anwesenheit des Unternehmers muß herhalten, diesen klaffenden Widerspruch in der Steinindustrie der Alten und der Neuen Welt zu verdunkeln und dabei alle Schuld der Arbeiterbewegung und zwischen den Zeilen dem Steinarbeiterverband zuzuschieben. Ein bequemes Mittel ist das sicherlich, aber fair und vor allem richtig ist das nicht.

Die amerikanischen Verhältnisse kennen wir nur aus der Vogelschau, wissen nur, daß alle Granitarbeiter drüben gut leben können, sich ihr Häuschen bauen, etwas auf die Kante legen für Unvorhergesehenes, und einige fahren sogar mit einem Auto nach der Arbeitsstelle. Nun, solche Lebensmöglichkeiten geben auch Lebensmut, und wenn die dortigen Industriellen sich in Verhandlungen bemühen, dem Steinhauer oder Granitarbeiter zu geben, was ihm gebührt, dann ist es doch ganz natürlich, daß daraus auch ein ganz anderes Verhältnis gegenseitig herauswächst. Der Mensch achtet und wertet den Menschen, einerlei, wo er im Produktionsprozeß steht. Wie schaut es dagegen bei uns aus, besonders im Fichtelgebirge und in der Granitschleifereigruppe allgemein?

Hier immer wieder von neuem der Versuch, die Löhne und Akkordsätze zu beschneiden; hier immer wieder der Versuch, die Ferien möglichst einzuschränken; hier immer wieder der Versuch, die Verantwortung des Betriebes für Werkzeug und Schleifmaterialien dem Arbeiter aufzuhängen; hier immer wieder der Versuch, die Arbeitszeit zu verlängern und jede Mehrzahlung von Ueberstunden abzuschaffen. Diese ewige Zerrerei zerstört und vergiftet ganz natürlich die menschliche Annäherung, und es bleibt letzten Endes nichts übrig als ein ungeheurer Groll gegen diese tatsächliche Ausbeutung der Arbeitskraft und vor allem auch gegen die Wortführer dieses Systems. Wir beobachten ebenfalls schon seit Jahrzehnten diese immer schärfer werdende Entwicklung, ohne uns den Namen „Spectator" zuzulegen.

Fast alle Tarifdifferenzen, die aus den verschiedenen Arbeitsstücken mit der unterschiedlichen Profilierung entstehen, werden leider nicht in dem Geiste geschlichtet, der in Amerika angeblich so in Blüte stehen soll; nach dem vorliegenden Bericht kann man das auch als sicher annehmen. Ja, fragen wir weiter, glaubt denn „Spectator" wirklich, daß dieser Geist sich beispielsweise bei den Verhältnissen im Fichtelgebirge entwickeln kann? Wir bezweifeln das! Dem steht durchaus nicht die Arbeiterorganisation und nicht die „Mehrwert-Theorie" entgegen, sondern die Engherzigkeit der Unternehmer; denn es muß mit aller Deutlichkeit ausgesprochen werden, daß die Meinungsverschiedenheiten in der Auslegung der Schleifereitarif-Positionen nicht ausgetragen werden, um im „ehrlichen Spiel" (Siehe Amerika-Bericht) die Positionen zu klären, sondern um den wirtschaftlich schwächeren Teil (die Granitarbeiter) einzuseifen. Das mag hart klingen und dem einzelnen Unternehmer hier und da Unrecht tun, aber dies System herrscht vor. Beweise dafür können in den einzelnen Betrieben jeden Tag gebracht werden. Und wo dieser Geist herrscht, da ist es vorbei mit dem notwendigen Hand-in-Hand-Arbeiten zur Entwicklung und Behauptung der Granitindustrie. Es steht also den Herren, die da schreiben, eigentlich schlecht an, die deutschen organisierten Arbeiter als den Störenfried hinzustellen. Es ist einfach Pharisäerart, nach einem Splitter bei anderen zu suchen, während der Balken im eigenen Auge, trotzdem man mit diesem Balken allerwärts aneckt, unerwähnt bleibt.

Die Arbeitslosenversicherung.

II.

Der Streit um die Trägerschaft.

Bei den bisherigen Debatten über eine Arbeitslosenversicherung stand die Frage der Trägerschaft und Verwaltung immer im Vordergrund*. Einmütigkeit herrscht, abgesehen von den bürgerlichen Angestelltenverbänden, darüber, daß die Arbeitslosenversicherung ganz eng mit der Arbeitsvermittlung und ihren Nebengebieten (Berufsberatung, Umschulung usw.) verbunden sein muß. Aber über die Organisation selbst gehen die Auffassungen sehr weit auseinander.

Die freien Gewerkschaften verlangen für die Versicherung und damit künftig für den öffentlichen Arbeitsnachweis den entscheidenden Einfluß der wirtschaftlichen Selbstverwaltung, also der Versicherten und ihrer Arbeitgeber, in einer straff durchorganisierten örtlichen, bezirklichen und zentralen Organisation — die Unternehmer wollen wohl eine starke Mitbeteiligung der Wirtschaft, jedoch soll der entscheidende Einfluß bei der Staatsverwaltung (unter Ausschluß der Gemeindeverwaltung) liegen. — Die kommunalen Verwaltungen wünschen wiederum ein entscheidendes Uebergewicht der kommunalen Verwaltung. — Die Länderregierungen wünschen ihren entscheidenden Einfluß sichergestellt zu sehen.

Der vorliegende Regierungsentwurf laviert zwischen den drei letzten Auffassungen. Er sucht den Einfluß der wirtschaftlichen Selbstverwaltung vorzutäuschen, ohne ihn zu verwirklichen. Er gibt den Länderregierungen weitgehenden, ja vielleicht entscheidenden Einfluß und wagt anderseits nicht den öffentlichen Arbeitsnachweis, das Fundament der Versicherungsorganisation, von der Gemeindeverwaltung loszulösen. So kann der Entwurf niemanden befriedigen.

Nach dem Entwurf bilden die Landesarbeitslosenkassen das wichtigste Organ der Versicherung; sie sind ihr rechtsfähiger Träger. Diese Landesarbeitslosenkassen führen insofern ein Eigenleben, als sie nicht etwa Unterglieder eines Zentralkörpers sind, sondern nur der Aufsicht des Reichsamtes für Arbeitsvermittlung unterstehen. Ihr Bezirk soll sich mit den Bezirken der Landesarbeitsämter decken, doch sollen die obersten Landesbehörden (mit Zustimmung des RAM.) die Bezirke ändern können. Da sich bis auf Preußen die Bezirke der übrigen Landesarbeitsämter jeweils mit dem Gebiet der größeren Bundesstaaten decken, würde Preußen seine derzeitigen zehn Bezirke zu einem machen und ein eigenes Landesarbeitsamt errichten. Dadurch würden sich dann künftig die Bezirke der Landesarbeitslosenkassen mit den Ländern (bis auf die kleineren Staaten) decken. Da das Reichsamt die Aufsicht im „Benehmen mit der obersten Landesbehörde" ausüben soll, wäre nach allen bisherigen Erfahrungen tatsächlich die Arbeitslosenversicherung uneingeschränkt an die Länderregierungen ausgeliefert. So wenig die

* Siehe Gewerkschafts-Zeitung 1925, Seite 154, 297, 318, 336, 537, 663 und 692; 1926, Seite 122, 129, 148, 294 und 461.

Landesarbeitslosenkassen einen logischen Oberbau haben, so wenig haben sie einen festen Unterbau, denn die lokalen Arbeitsämter sind nicht etwa ihr Organ, sondern diesen liegt nur die „Mitwirkung bei der Arbeitslosenversicherung" ob. Sie bleiben, was sie sind: Verwaltungsorgane der Gemeinden. Zwar führen die Landesarbeitslosenkassen (soweit es die Versicherung betrifft) die Aufsicht, aber wieder im Benehmen mit den Gemeindeaufsichtsbehörden. Auch hier wieder die nur deutschpartikularistischen Bureaukraten faßbare verrückte Aufsichtsform, erfunden um das Uebergewicht der Staatsbureaukratie zu sichern, und doch zu tun, als ob die Landesarbeitslosenkassen etwas zu sagen hätten.

Die Landesarbeitslosenkassen sind nach dem Entwurf eine Verwaltung ohne verwaltende Befugnisse. Sie haben einen Ausschuß und einen Vorstand, nur leider keinen Verwaltungsapparat, der die Funktionen von Vorstand und Ausschuß durchführt. Der Apparat bleibt in den Händen des Landesarbeitsamtes, das neben der Arbeitslosenkasse lustig weiterleben soll. Und so bilden denn auch Vorsitzender und Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer des Landesarbeitsamtes den Vorstand und den Ausschuß der Landesarbeitslosenkasse. Diese Konstruktion, von der Böswillige behaupten, sie sei nur gewählt, damit einige wenige Labyrinthkundige dickleibige Kommentare schreiben können, ist unmöglich. Die Landesarbeitslosenkasse soll für ihre Amtsführung auf den Apparat des Landesarbeitsamtes zurückgreifen, und findet dabei einen Apparat, der der Selbstverwaltung so ähnlich sieht, wie die Maus dem Elefanten. Das Landesarbeitsamt ist bald (in Preußen) der Provinzverwaltung, bald der Landesverwaltung unmittelbar angegliedert und dienstlich unterstellt, und nur in zwei Fällen ein selbständiges Amt. Demgemäß sind auch die Beschäftigten weit überwiegend Beamte der Provinz oder des Landes. Nur selten ist einmal ein nicht im Beamtentrott erzogener Wirtschaftsmensch als Konzessionsschulze in dieses Amt genommen worden. Aber obendrein untersteht dieser Apparat der unmittelbaren Dienstaufsicht der Landes- resp. Provinzbehörde. Er hat also mit Selbstverwaltung der Wirtschaft nichts gemein. Lediglich Vorstand und Ausschuß sind gebildet aus den Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Letztere haben jedoch keinen Einfluß auf die Wahl des Vorsitzenden. Der neueste Entwurf bringt sogar auch hier noch weitere Verschlechterungen. Nach dem früheren Entwurf sollte der Vorstand von den Arbeitnehmer- resp. Arbeitgeberbeisitzern des Landesarbeitsamtes gewählt werden. Der neue Entwurf will, daß die Vorstandsmitglieder auf Grund gesonderter Vorschlaglisten vom Vorsitzenden bestellt werden. Ist auch der Vorsitzende an die Reihenfolge der Listen gebunden, so bleibt doch die „Bestellung" eine weitere schwere Brüskierung der Wirtschaft. Der Vorstand soll neben dem von der Landesbehörde aufoktroyierten Vorsitzenden aus je drei Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer bestehen. Von den Arbeitnehmern soll mindestens einer ein Angestellter sein. Der frühere Entwurf kennt diese letztere Einschränkung nicht. Wir müssen uns mit aller Schärfe gegen dieses Vorrecht der Angestellten wenden. Innerhalb der Versicherung sind ihre Interessen keine andern als die aller übrigen Arbeitnehmer. Glaubt die Regierung, besonderen Berufseigentümlichkeiten Rechnung tragen zu sollen, warum denn nicht auch bei den Landarbeitern, den Hausangestellten, den Seeleuten und vor allem den Arbeiterinnen? Ueberall bestehen Eigenarten des Berufs usw. in mindestens gleichem Ausmaße wie bei den Angestellten. Will man letzteren eine Extrawurst braten, dann dürfen die übrigen Gruppen nicht leer ausgehen. Solche Sonderbestimmung würde natürlich den Vorstand viel zu umfangreich werden lassen und die große Masse der Industriearbeiter von der Vertretung im Vorstand zugunsten kleiner Gruppen ausschließen.

Der Verwaltungsaufbau des Entwurfs ist für die freien Gewerkschaften unmöglich, weil er nur das Zerrbild einer Selbstverwaltung ist. Sie fordern wirkliche Selbstverwaltung. Sie wollen Versicherung und Arbeitsnachweis in den Dienst einer systematischen Arbeitsmarktpolitik stellen. Beides soll daher Organ der Wirtschaft selbst sein, weil nur so die bestehenden großen wirtschaftlichen Mängel behoben werden können. Die Gewerkschaften haben in ihren Vorschlägen an den Reichswirtschaftsrat einen praktischen Weg gewiesen. Danach soll Arbeitsnachweis und Versicherung zu einem ganz einheitlichen Organ verschmolzen werden. Träger würde ein Reichsarbeitsamt sein. Dieses wird untergliedert in Landesarbeitsämter, letztere wiederum in Bezirksarbeitsämter. Die bestehenden Arbeitsämter sind zu leistungsfähigen Bezirksarbeitsämtern zusammenzulegen, an deren Spitze ein Ausschuß und ein Vorstand stehen. Letztere bestehen zu gleichen Teilen aus Vertretern der Arbeitnehmer, der Arbeitgeber und der öffentlichen Körperschaften. Diese Konstruktion ist gewählt, um in der Verwaltung neben den Wirtschaftsvertretern auch die öffentlichen Behörden genügend zu Wort kommen zu lassen und um das Bedenken auszuräumen, daß eine nur auf Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter gestellte Verwaltung gelegentlich den nötigen Ausgleich im Meinungskampfe nicht finden werde. So werden die mit einem Drittel der Stimmen beteiligten öffentlichen Körperschaften das neutrale und ausgleichende Element im Verwaltungsrat bilden. Der geschäftsführende Vorsitzende soll auf Vorschlag des Vorstandes des Bezirksarbeitsamtes vom Vorstand des Landesarbeitsamtes bestellt werden. Die Leitung des Landesarbeitsamtes wäre analog zu bilden: Vorstand zu je einem Drittel bestehend aus Vertretern der Arbeitgeber, Arbeitnehmer und öffentlichen Körperschaften (hier Provinz oder Land), der geschäftsführende Vorsitzende bestellt auf Vorschlag des Vorstandes des Landesarbeitsamtes vom Vorstand des Reichsarbeitsamtes. Dieser letztere, gleichfalls aus Vertretern der drei Gruppen zusammengesetzt, würde seinen Vorsitzenden durch Ernennung seitens der Regierung erhalten. Die Dienstaufsicht über die Landesämter übt der Vorstand des Reichsamtes, die Dienstaufsicht über die Bezirksämter die Vorstände der Landesämter. Der Verwaltungsapparat in seiner ganzen Gliederung ist selbständig und von den Landes- resp. Gemeindebehörden völlig losgelöst. Ueber Geschäftsführung und Zusammenstellung des Personals entscheiden die Vorstände.

Nur so läßt sich die wirtschaftliche Selbstverwaltung wirkungsvoll mit dem Einfluß der öffentlichen Körperschaften verbinden. Jede Konstruktion, die die amtführenden Organe Teile der Behörden (Land, Provinz oder Gemeinde) sein läßt, macht die wirtschaftliche Verwaltung zu einem bloßen Schlagwort. Der Entwurf der Regierung begnügt sich hinter dem Trugbild einer Selbstverwaltung der Wirtschaft einzig die Lasten aufzulegen. Außer dem Unterstützungsaufwand sollen zwei Drittel der Kosten der öffentlichen Arbeitsämter und der Landesarbeitsämter aus den Beiträgen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber gedeckt werden. Aber eine diesen Lasten entsprechende Mitwirkung der Beitragsträger lehnt der Entwurf ab. So geht es nicht!

Der Gewerkschaftsvorschlag wird insbesondere von den Vertretern der Kommunalverwaltung stark bekämpft. Sie verlangen, daß sowohl Arbeitsnachweis als auch Versicherung Teile des Verwaltungsorganismus der Gemeinde sein sollen. Es wird verwiesen auf die vielfachen Berührungen zwischen Arbeitslosenversicherung und gemeindlicher Wohlfahrtspflege, zwischen Arbeitsnachweis und fürsorgerischem Wirken für die Bevölkerungsgruppen, die nicht der Versicherung unterstehen, zwischen Berufsberatung und Jugendpflege. Verwiesen wird auch auf die Zweckmäßigkeit, die Arbeitsvermittlung zu neutralisieren. Ohne Zweifel lassen sich diese Einwände nicht mit einer einfachen Handbewegung abtun. Aber entscheidend muß sein, daß die künftige Verwaltungsform die Versicherung unter eine starke Selbstverwaltung der Beitragsträger stellt. Niemand kann uns zumuten, die Kosten zu tragen, aber zugunsten einer unbeeinflußbaren Bureaukratie mit ihrem Beamtenapparat von der Verwaltung ausgeschlossen zu sein. Niemand kann uns zumuten, uns selbst mit einer Scheinselbstverwaltung zu betrügen. Aber bietet denn der in der Gemeindeverwaltung eingeschlossene öffentliche Arbeitsnachweis Garantie für ein Funktionieren der Versicherung? Gerade der Mißbrauch, den zahlreiche kleine Gemeinden heute mit der Erwerbslosenfürsorge treiben, zeigt, daß trotz aller staatlichen Dienstaufsicht diese Organisation in außerordentlich vielen Fällen unzweckmäßig ist. Niemand, der tiefer in die Dinge hineinsieht, kann leugnen, daß zahlreiche öffentliche Arbeitsnachweise nur in der Theorie Arbeitsvermittlung treiben, daß sie bloße Stempelstellen für die Erwerbslosen — und oft dieses noch nicht einmal sind. Sie haben ihre wirtschaftliche Funktion nicht erfüllt. Sie versagten nicht zuletzt darum, weil ihre enge Verbundenheit mit der Gemeindeverwaltung sie nicht zum ersprießlichen Wirken kommen ließ, durch unheilvoll törichte, engherzige Leitung und durch systematisches Fernhalten des Einflusses der Wirtschaftsvertreter. Gerade weil die Gewerkschaften die Arbeitsvermittlung systematisieren wollen, nicht verbandsegoistischer Ziele wegen, sondern um der Gesamtwirtschaft und eines möglichst zweckvollen Arbeitslosenschutzes wegen, muß der Arbeitsnachweis noch außerordentlich ausgebaut werden. Er darf nicht Wohlfahrtseinrichtung sein, die nach Bettelsuppen schmeckt, sondern muß Wirtschaftsinstrument sein. Nur dadurch werden wir den starken Anforderungen, die der Arbeitsmarkt infolge Standortsverschiebungen, beruflichen und bezirklichen Umgruppierungen usw. stellt, möglichst weitgehend gerecht. Aber wer dieses Ziel erreichen will, muß sich klar sein, daß es nur unter der allerlebendigsten Mitarbeit der Wirtschaft — Arbeitgeber und Arbeitnehmer — und unter Abwehr einer störenden Bureaukratie erreicht werden kann.

Die Steigerungssätze in der Invalidenversicherung.

Eine für die Hinterbliebenenansprüche in der Invalidenversicherung sehr wichtige Entscheidung hat das Reichsversicherungsamt gefällt in dem Sinne, daß bei Bemessung der Steigerungsbeträge der Hinterbliebenenrenten auch die für die Zeit vor dem 1. Januar 1912 entrichteten Beiträge nach dem § 1289 Abs. 2, 1292 der RVO. anzurechnen sind (IIa 1654/26/3).

Für die Nichtanwendung jener Beiträge sollte Art. 69 des Einführungsgesetzes zur RVO. noch immer die Grundlage hergeben, nach welcher Bestimmung bei Bemessung der Hinterbliebenenbezüge nur die Beiträge auf die Steigerungssätze anzurechnen waren, die für die Zeit nach dem 1. Januar 1912 geleistet wurden. Gegen diese Auffassung führt die Entscheidung des Reichsversicherungsamts aus, daß Artikel 69 des Einführungsgesetzes zur RVO. durch Artikel II F des Gesetzes vom 23. Juli 1921 mit Wirkung vom 1. Otober 1921 aufgehoben worden sei. Das ergebe auch die Begründung zu Artikel II F des genannten Gesetzes. Späterhin habe allerdings Artikel 1 Abs. 2 Satz 1 der Verordnung vom 16. April 1924 die Anrechnung von Steigerungsbeträgen für Zeiten vor dem 1. Januar 1924 allgemein ausgeschlossen. In der Fassung jedoch, die § 1289 RVO. durch das Gesetz vom 23. März 1925 erhalten habe, sei nunmehr vorgeschrieben, daß bei der Invalidenrente für jede ordnungsmäßig verwendete Beitragsmarke der bis zum 21. September 1921 gültigen Lohnklassen II bis V ein Steigerungsbetrag nach Maßgabe des Gesetzes gewährt werde. § 1292 RVO., der die Berechnung der Hinterbliebenenrenten betrifft, legt hierbei den Steigerungsbetrag der nach § 1289 RVO. zu berechnenden Invalidenrente zugrunde. Demgemäß seien nunmehr auch bei den Hinterbliebenenrenten auf die Steigerungssätze die bis zum 30. September 1921 entrichteten Beiträge nach Maßgabe des § 1289 RVO. anzurechnen, und zwar ohne zeitliche Begrenzung nach rückwärts, die sich im § 1289 RVO. nicht finde . . .

Nach dieser grundsätzlichen Entscheidung des Reichsversicherungsamts sind in der Invalidenversicherung, auch für die Hinterbliebenenrenten, ganz allgemein von der Anrechnung bei den Steigerungssätzen nur ausgeschlossen die in der Zeit vom 1. Oktober 1921 bis 31. Dezember 1923 geleisteten Beiträge wie alle Beiträge der Lohnklasse I für die Zeit vor dem 1. Januar 1924.

Der auf die Jahresrente aufzuschlagende Steigerungsbetrag beträgt für jeden Beitrag der Lohnklassen II bis V in der Zeit bis 30. September 1921: 2, 4, 7, 10 Pfg., für jeden Beitrag der Lohnklassen I bis V in der Zeit vom 1. Januar 1924 bis 27. September 1925: 4, 8, 12, 16, 20 Pfg., nämlich „20 Proz." des Beitrags; für jeden Beitrag der Lohnklassen I bis VI in der Zeit vom 26. September 1925 ab: 5, 10, 14, 20, 24, 28 Pfg. (auch „20 Proz." des Beitragssatzes).

Von diesen Steigerungsbeträgen kommen bei Witwenrenten sechs Zehntel, bei Waisenrenten für jede Waise fünf Zehntel in Anrechnung (§ 1292 RVO.).

Die Bezieher von Hinterbliebenenrenten aus der Invalidenversicherung werden gut tun, ihre Rentenbescheide daraufhin nachzuprüfen, ob ihnen in dem Bescheide im Sinne der neueren grundsätzlichen Entscheidung des Reichsversicherungsamts ihr Recht geworden ist. Und zwar sind jene Vorschriften des von der Entscheidung des Reichsversicherungsamtes ihr Recht geworden ist. Und zwar sind jene Vorschriften des von der Entscheidung des Reichsversicherungsamts angezogenen Gesetze vom 23. März 1925 „über Aenderung der Berechnung der Renten aus der Invalidenversicherung" nach Artikel 2 dieses Gesetzes auch anzuwenden auf die am 1. April 1925 bereits laufenden Renten, bezüglich des Steigerungsbetrages allerdings nur, „sofern ihr Monatsbetrag sich auf mindestens 50 Pfg." belaufen hat.

Zusammenarbeit von Gewerkschaften und Genossenschaften bei der Weltwirtschaftskonferenz.

-ff. Der Termin für die Weltwirtschaftskonferenz ist endgültig auf den 4. Mai 1927 (Tagungsort: Genf) festgesetzt worden. Die praktische Bedeutung dieser erstmaligen weltwirtschaftlichen Veranstaltung kann so gering eingeschätzt werden wie sie will: ihre symptomatische Bedeutung ist unverkennbar und in ihrer späteren Auswirkung auf Politik und Wirtschaft der Völker unübersehbar. Jedenfalls bildet sie das wirtschaftliche Gegenstück der weltpolitischen Richtlinien, die von Genua nach Locarno und Thoiry geführt haben.

Von hier aus betrachtet, gewinnt auch die offizielle Beteiligung der Gewerkschaften und Genossenschaften an der Weltwirtschaftskonferenz eine ganz besondere Bedeutung. Gewiß hat der Krieg und die ihm in Deutschland gefolgte Umwälzung nicht nur den Einfluß der politischen Arbeiterbewegung auf die Reichspolitik wesentlich gestärkt, sondern auch den der Gewerkschaften. Dagegen sind die Konsumgenossenschaften wesentlich zurückgeblieben und sie können niemals die gleiche Macht in die Waagschale der Politik werfen wie die Gewerkschaften. Denn sie sind ganz Wirtschaftsbewegung im Gegensatz zur reinen Klassenbewegung der Gewerkschaften.

Darum ist es doppelt bedeutsam, Gewerkschaften und Genossenschaften bei der Weltwirtschaftskonferenz zu gemeinsamer Arbeit in wirtschaftlicher Ideenverbindung vereint zu sehen. Was einmal beweist, daß beide große Bewegungen einen gemeinsamen Zielpunkt — der Wirtschaftsdemokratie — zustreben und zum andern, daß in der weltwirtschaftlichen Verflechtung die Genossenschaftsbewegung eine viel weitergehendere Wertung und Beachtung besitzt, als in der deutschen Republik. Eine Wertung, die selbstverständlich auch wieder nur dem Umfang und der Bedeutung der internationalen Genossenschaftsbewegung entspricht. Sind doch im Internationalen Genossenschaftsbund, dem die offizielle Vertretung der Genossenschaften auf der Weltwirtschaftskonferenz zugefallen ist, allein 34 Länder der Welt mit rund 60 000 Konsumgenossenschaften und 35 Millionen genossenschaftlich organisierte Haushaltungen vereinigt. Die Zahl der Genossenschaften aller Arten in der ganzen Welt wird auf 300 000 mit rund 50 Millionen Mitgliederfamilien, also zirka 200 Millionen Menschen, geschätzt.

So ist es sicher als eine ganz selbstverständliche Sache zu betrachten, wenn neben den Vertretern der kapitalistischen Privat- und Profitwirtschaft sowohl die Gewerkschaften als auch die Genossenschaften in Vertretung gemeinwirtschaftlicher Interessen sitzen, um mit dem starken Gewicht internationaler gewerkschaftlicher und genossenschaftlicher Organisationen die Weltwirtschaftskonferenz zu beeinflussen.

Die Zusammenarbeit der beiden wirtschaftsdemokratischen Bewegungen ist denn auch bereits in der am 15. und 16. November v. J. stattgehabten zweiten Session der vorbereitenden Weltwirtschaftskonferenz zum Ausdruck gekommen. Der französische Gewerkschaftsführer Jouhaux gab nämlich namens der „Vertreter der Arbeiter- und genossenschaftlichen Organisationen" eine gemeinschaftliche Erklärung ab über die Wirtschaftsfragen, die am 4. Mai 1927 Gegenstand der Beratung des Wirtschaftskongresses sein sollten. Sie betreffen:

1. Die wirtschaftliche Organisation des Friedens.
2. Die Stabilisierung der Währungen.
3. Die Abwehr übertriebener Schutzzölle.
4. Die Kontrolle der internationalen Industrieabkommen (Kartelle).
5. Die Regelung der Ein- und Auswanderung.
6. Schaffung eines ständigen Wirtschaftsamtes.

Man sieht aus diesem Programm, daß nach dem Willen der Gewerkschaften und Genossenschaften die Aufgaben der Weltwirtschaftskonferenz parallel laufen der Politik von Locarno-Thoiry-Genf; daß vom internationalen Wirtschaftsstandpunkte her der Weltfrieden durch eine internationale wirtschaftliche Interessengemeinschaft eine Untermauerung erfahren soll, die die internationale Friedenspolitik hieb- und stichfest zu machen geeignet ist.

Aber nicht nur dies. Die Weltwirtschaftskonferenz soll das Ziel der internationalen wirtschaftlichen Befriedung nicht auf dem Rücken der Arbeiterklasse oder der Verbrauchermassen herbeiführen dürfen. Darum ist die Teilnahme an der bedeutsamen Veranstaltung durch Gewerkschaften und Genossenschaften so außerordentlich wertvoll, weil diese beiden größten internationalen Bewegungen mit wirtschaftsdemokratischem Charakter die einzige Gewähr dafür bieten, daß die Interessen der großen Massen der Völker tatkräftig gewahrt werden.

Daß hierbei die Legitimation der Gewerkschaften durch ihre aufgabengemäße Aktivität im Gebiet des Arbeiterprozesses von Industrie, Handel und Verkehr, auch in der Landwirtschaft, eine unbestrittene und selbstverständliche ist, kann vorausgesetzt werden. Für die Genossenschaftsbewegung ist diese Legitimation nicht nur durch Charakter, Wesen und Umfang ihrer Organisationen gegeben, sondern auch durch ihre praktische Wirksamkeit. Hat doch erst kürzlich das Internationale Arbeitsamt zu Genf in einer Denkschrift festgestellt, daß die Konsumgenossenschaften in allen Industrieländern der Welt durch automatische Senkung der Warenpreise den Verbrauchern ganz allgemein wirtschaftliche Vorteile sicherten, die sonst mit verdoppelten Warenpreisen quittiert worden wären. Außerdem aber hätten sie durch vorbildliche Arbeitsverhältnisse in Arbeitszeit und Lohn den sozialpolitischen Aufgaben der Gewerkschaften ebenso wie den Unternehmern Anhaltspunkte gegeben, die mit Vorteil für die Arbeiter verwertet werden könnten.

So zeigt sich also, daß die internationale Zusammenarbeit von Gewerkschaften und Genossenschaften bei der Weltwirtschaftskonferenz, einer gemeinschaftlichen Interessenverbindung entspringend, von höchstem Interesse für die Arbeiterklasse, aber auch für die großen Verbrauchermassen sind. Die Weltwirtschaftskonferenz selbst kann dadurch nur gewinnen, da ihre zu der Politik von Locarno-Thoiry-Genf kongeniale Bedeutung in der Sicherung des wirtschaftlichen Weltfriedens liegt, der die Basis des allgemeinen Völkerfriedens bildet. Die Ideenassoziation mit der Auslandspolitik der deutschen Sozialdemokratie kommt in diesem Zusammenhang ohne weiteres zum Ausdruck.

Neue Bücher, Zeitschriften.

Die **„Kultur des Handwerks"** (Zeitschrift der Ausstellung München 1927 „Das bayerische Handwerk"), ist mit ihrem ersten Heft erschienen. Das neue Unternehmen soll in erster Linie dazu dienen, den Gedanken der Ausstellung zu propagieren, und man ginge fehl, wollte man es einfach als Reklame-Drucksache beiseite werfen. Man braucht den Inhalt nur flüchtig zu überfliegen, man braucht nur einen Blick auf die gediegene Aufmachung, auf den außerordentlich exakten Druck, auf die glänzend reproduzierten Abbildungen zu werfen, um zu sehen, daß es sich hier um eine beachtenswerte Neuerscheinung handelt. Neben Ausführungen der berufenen Vertreter des Staates, der Stadt und des Handwerks selbst, kommt die Wissenschaft gleichberechtigt zum Worte. Im Anhang folgen die amtlichen Mitteilungen der Ausstellungsleitung, die über den augenblicklichen Stand der vorbereitenden Arbeiten berichten. Man erfährt daraus, daß die Ausstellung in ihren Grundzügen feststeht und eine starke Beteiligung zu erwarten ist. Zusammenfassend kann man sagen, daß die Ausstellung sich mit dem Erscheinen dieser Zeitschrift auf das beste legitimiert.

Adolf Wagner: **Staatsbürgerliche Bildung ein Vermächtnis.** Herausgegeben von Dr. Adolf Damaschke, Bodenreform (101. bis 120. Tausend). Berlin, Lessingstraße 11. (Preis 50 Pfg., 10 Stück a 30 Pfg.)

„Arbeitsnachweis und Erwerbslosenfürsorge". Merkblätter für die Arbeitnehmerbeisitzer der Verwaltungsausschüsse. Dieses neue Informationsblatt hat ein kleines, handlich praktisches Format und wird monatlich einmal herausgegeben vom ADGB. Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Bruno Broecker, Berlin S. 14, Inselstraße. In einer kurzen Einführungsnotiz in der Nr. 1 wird unter anderem ausgeführt: „Die Merkblätter haben nicht die Aufgabe, zu den allgemeinen Problemen, die durch die Erwerbslosigkeit entstehen, Stellung zu nehmen. Hierfür kommen vielmehr nach wie vor die „Gewerkschafts-Zeitung" und „Die Arbeit" in Frage. Den Arbeitnehmerbeisitzern in den Verwaltungsausschüssen können und sollen die Merkblätter als Handhabe zur nutzbringenden Wahrnehmung ihrer wichtigen Rechte im Interesse der Arbeiterschaft dienen."

„Der Führer", Monatsschrift für Führer und Helfer der Arbeiterjugendbewegung, Januarnummer, 9. Jahrgang. Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW. 61, Belle-Alliance-Platz 8. 16 Seiten. Preis des Einzelheftes 25 Pfg. Bestellungen durch den Buchhandel oder bei der Post. Die bekannte Funktionärzeitschrift der Sozialistischen Arbeiterjugend eröffnet ihren 9. Jahrgang mit einer interessanten Nummer. Der Leitartikel: „Rückblick und Ausblick" gibt eine gute Uebersicht über den organisatorischen und geistigen Stand der Bewegung und stellt als Hauptziele der Arbeit im neuen Jahr den Ausbau der Aelterengruppen, die Schulung des Führernachwuchses und die Vereinheitlichung der Jugendarbeit in der sozialistischen Arbeiterbewegung hin. Es folgt ein instruktiver Aufsatz über die in diesem Jahr geplante Ausstellung „Das junge Deutschland", der die sozialistische Jugend zur Mitarbeit an diesem Werk auffordert. Zwei weitere Beiträge behandeln das Thema: „Die sozialistische Jugendbewegung und die Jugendfürsorge". Ihnen folgen zwei Aufsätze, die Vorschläge für die Unterstützung der Bildungsarbeit in Jugendgruppen durch gute Literatur und durch Einrichtung von Bibliotheken enthalten. Hinweise auf die für diese Zwecke geeignete Literatur enthält eine Uebersicht über die Neuerscheinungen des Arbeiterjugendverlags. Der zweite Teil der Zeitschrift besteht aus Notizen und Berichten über die einzelnen Arbeitsgebiete der Bewegung. In dieser Nummer steht die Fürsorge für erwerbslose Jugendliche im Vordergrund. Eine umfangreiche Rubrik „Jugend und Musik" gibt lebendige Anregungen auf musikalischem und gesanglichem Gebiet. Die reichhaltige Zeitschrift ist für jeden in der Jugendarbeit Stehenden eine unentbehrliche Hilfe.

„Die Arbeit". Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Herausgeber Thodor Leipart, Redakteur Lothar Erdmann. 4. Jahrgang 1927. Heft 1. Preis 1 Mk. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Die Konjunkturforschungsinstitute, die Wetterwarten der Wirtschaft, sind erst nach dem Krieg ins Leben getreten. Zuerst in Amerika, wo seit dem Jahr 1919 eine Kommission für Wirtschaftsforschung an der Harvard-Universität besteht, in den folgenden Jahren in England, Frankreich, Rußland, Schweden und Italien. Ende 1925 wurde auch in Deutschland ein Konjunkturforschungsinstitut ins Leben gerufen. Diese Institute haben eine doppelte Aufgabe. Einmal die Feststellung der ursächlichen Faktoren, die auf die Wellenbewegung der Wirtschaft einwirken. Auf diesem Gebiet gehen die Ansichten noch weit auseinander. Und selbst wenn Uebereinstimmung der Meinungen hinsichtlich der Ursache bestünde, wäre damit noch nicht entschieden, in welchem Maße durch bewußtes Eingreifen das Ideal einer konjunkturlosen Wirtschaft, d. h. ein dauernd günstiges Wirtschaftswetter erreichbar wäre. Zweitens ist es die Aufgabe der neuen Institute, durch genaue Beobachtung den voraussichtlichen Verlauf der Konjunkturbewegung an typischen Anzeichen festzustellen. In dem neuen Heft der Arbeit, dem ersten des vierten Jahrgangs, bespricht Dr. Langelütke vom Statistischen Reichsamt die Methoden, die von dem deutschen und dem amerikanischen Konjunkturforschungsinstitut angewandt werden. „Konjunkturforschung", so beschließt er seine Ausführungen, „ist nichts anderes als der Prozeß fortschreitenden Bewußtwerdens der Wirtschaft, und hierin liegen ihr letzter Sinn und ihre Bedeutung, die wissenschaftliche Grundlage zu schaffen, um durch bewußten Eingriff den bisher an allen Ecken und Enden klaffenden Wirtschaftsmechanismus zu einem zweckvoll funktionierenden Ganzen zu gestalten." Von den anderen Aufsätzen sei besonders auf die Anregungen hingewiesen, die Jakob Altmaier für die lebendigere Gestaltung der Gewerkschaftspresse gibt, sowie auf den Artikel von Dr. G. Berger über das vielbesprochene Projekt der Ferngasversorgung. Die Aufsätze von Dr. Bruno Rauecker über „Monotonieproblem und Sozialpolitik" und von Prof. Dr. Lindemann über „Gewerbesteuer und Finanzausgleich" werden bei den arbeitswissenschaftlich und kommunalpolitisch interessierten Lesern besondere Beachtung finden.

„Arbeiter-Jugend". Das Inhaltsverzeichnis des Februarhefts der „Arbeiter-Jugend" gibt eine Uebersicht über den reichhaltigen Inhalt dieser Jugendzeitschrift. Hauptblatt: Eine Bilanz der Not. Von Gerd Bothur. — Jugendsylvester auf Hohnstein. Von Karl Ullrich. — In der Verbandszentrale (illustriert) — Politische Uebersicht. — Jugend in Not. — Was der Tag bringt. — Mitteilungen der Redaktion. — Fremdwörter. 1. Beiage, Die Arbeitsgemeinschaft: Der Lebenslohn Ein Aktionsprogramm sozialistischer Politik. Von R. W. Brailsford. — Bekenntnis. Gedicht von Leopold Jacobi. — Demokratie oder Diktatur? Von Otto Bauer. — August Bebel als politischer Führer. Von Franz Klühs. — Johann Heinrich Pestalozzi. Von Elfriede Behne. — Der Urmensch (Fortsetzung). Von H. G. Wells. — 2. Beilage, Kultur und Leben: Der letzte Bär in unserem Fjord. Erzählung von K. F. Kurz. — „Ich schämte mich, ein Knecht mit Knechten zu sein" Von Berta Selinger. — Die Hochschule für Gestaltung (illustriert). Von Heinz Eisgruber. — Die Fabrik. Skizze. Von Artur Reichardt. — Welche Freude. Erzählung von Anton Tschechow. — Für das Bücherbrett. — Für unsere Spielratzen und Rätselknacker. — Die Zeitschrift ist zu beziehen durch die Post und durch jede Parteibuchhandlung. Das Einzelheft kostet 25 Pfennig.